

FLÄCHENNUTZUNGSPLAN



DECKBLATT-NR.: 27

Markt Pilsting

Gemeinde: Markt Pilsting
Landkreis: Dingolfing-Landau
Regierungsbezirk: Niederbayern

BEGRÜNDUNG

ENTWURFSBEARBEITUNG

AM: 29. September 2014

GEÄNDERT AM: 26. Oktober 2015

GEÄNDERT AM: 25. Januar 2016

Grünordnung und Umweltbericht:



Dr. H. M. Schober
Gesellschaft für Landschaftsarchitektur mbH

Kammerhof 6 • 85354 Freising • Germany
Tel.: +49 (0) 8161 30 01 • Fax: +49 (0) 8161 9 44 33
zentrale@schober-larc.de • www.schober-larc.de

Deckblatt FNP und Begründung:

INGENIEURBÜRO

Willi **Schlecht**

PLANUNGS GMBH

HIEBWEG 7 POSTFACH 49

94342 Straßkirchen

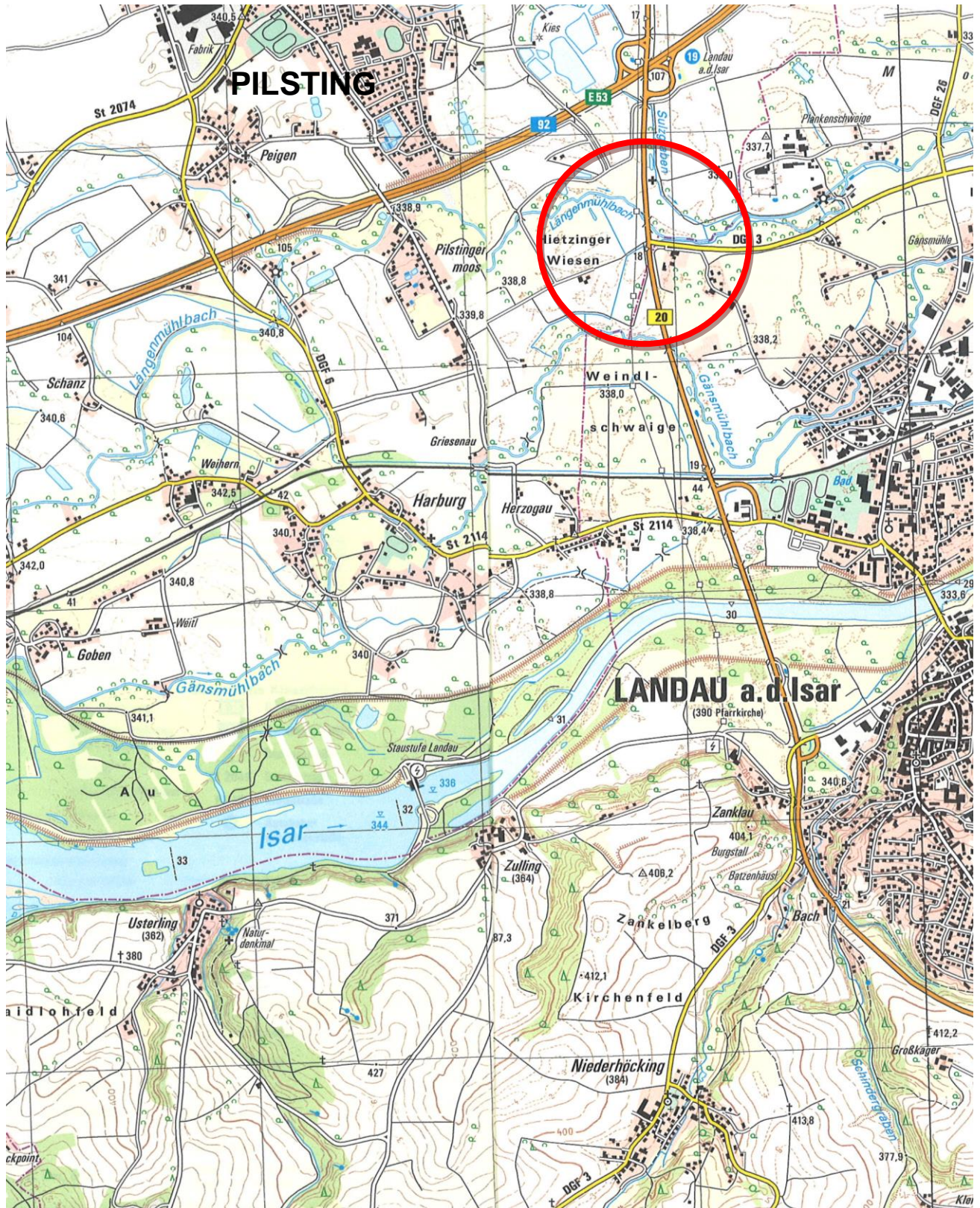
Telefon (09424) 9414-0

Telefax (09424) 9414-30

INHALTSVERZEICHNIS

I.	BEGRÜNDUNG.....	4
1.	LAGE	4
2.	ÜBERGEORDNETE PLANUNG	4
3.	VORHANDENE PLANUNGSRECHTLICHE UND STÄDTEBAULICHE SITUATION	5
4.	PLANUNGSANLASS UND -ZIEL / DARSTELLUNG IM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN	5
5.	STRASSENPLANUNG MIT VARIANTENUNTERSUCHUNG	7
6.	VERGLEICHEN DER VARIANTEN UND WAHL DER LINIE.....	8
6.1.1	BESCHREIBUNG DES UNTERSUCHUNGSGEBIETES	8
6.1.2	SCHUTZGEBIETE UND SCHUTZOBJEKTE IM UNTERSUCHUNGSGEBIET.....	10
6.2	BESCHREIBUNG DER UNTERSUCHTEN VARIANTEN	12
6.2.1	VARIANTENÜBERSICHT	13
6.2.2	VARIANTE 1	15
6.2.3	VARIANTE 2	16
6.2.4	VARIANTE 3	16
6.2.5	VARIANTE 4	16
6.3	VARIANTENVERGLEICH.....	16
6.3.1	RAUMSTRUKTURELLE WIRKUNG	17
6.3.2	VERKEHRSLICHE BEURTEILUNG	17
6.3.3	ENTWURFS- U. SICHERHEITSTECHNISCHE BEURTEILUNG	19
6.3.4	UMWELTAUSWIRKUNGEN EINSCHLIESSLICH WECHSELWIRKUNGEN	21
6.3.5	WIRTSCHAFTLICHKEIT.....	27
6.3.6	AUSWERTUNG DER VARIANTENUNTERSUCHUNGEN.....	29
6.3.7	GEWÄHLTE LINIE - VORZUGSVARIANTE	30
7.	ERSCHLIESSUNG, VER- UND ENTSORGUNG	30
8.	IMMISSIONSSCHUTZ	32
9.	HINWEISE ZUR DENKMALPFLEGE UND ERHALTUNG VON BODENDENKMÄLERN	33
10.	HINWEISE ZUM BODENSCHUTZ	33
II.	NATUR UND UMWELT	35
1.1	BESTANDSANALYSE	35
1.1.1	NATURRAUM UND LANDSCHAFT	35
1.1.2	BISHERIGE FLÄCHENNUTZUNGSPLANUNG	36

1.1.3	BESTANDSSITUATION EUROPÄISCHER ARTENSCHUTZ GEM. §§39FF BNATSCHG	36
1.1.4	BESTAND GESETZLICH GESCHÜTZTER FLÄCHEN GEM. §30 BNATSCHG UND ART. 23	36
1.1.5	BESTAND GRÜNORDNERISCH WERTVOLLER STRUKTUREN UND LANDSCHAFTSELEMENTE	37
1.2	GEPLANTE NUTZUNGSÄNDERUNG	37
1.3	ARTENSCHUTZ, EINGRIFF, AUSGLEICH.....	37
1.3.1	EUROPÄISCHER ARTENSCHUTZ	37
1.3.1.1	MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG VON VERBOTSTATBESTÄNDEN.....	38
1.3.1.2	DARSTELLUNG DER VORHABENSBEDINGTEN VERBOTSTATBESTÄNDE.....	38
1.3.2	EINGRIFF UND AUSGLEICH GEM. §1A ABS. 3 BAUGB I.V.M. § 15 BNATSCHG.....	39
1.3.2.1	DARSTELLUNG DER EINGRIFFE	39
1.3.2.2	VERMEIDUNGS- UND MINIMIERUNGSMASSNAHMEN	40
1.3.2.3	DARSTELLUNG DER AUSGLEICHSERFORDERNISSE	40
1.3.2.3	MASSNAHMEN ZUR MINDERUNG DES AUSGLEICHSERFORDERNISSES NACH §1A ABS.3 BAUGB I.V.M. §15 BNATSCHG.....	40
1.3.3	EINGRIFFE IN GESETZLICH GESCHÜTZTE FLÄCHEN NACH §30 BNATSCHG	40
1.3.3.1	DARSTELLUNG DER EINGRIFFE IN GESETZLICH GESCHÜTZTE FLÄCHEN.....	40
1.3.3.2	MASSNAHMEN ZUM AUSGLEICH VON EINGRIFFEN IN GESETZLICH GESCHÜTZTE FLÄCHEN	41
1.3.4	AUSGLEICHSFLÄCHEN AUSSERHALB DES GELTUNGSBEREICHES	41

Übersicht M: 1/25.000

I. BEGRÜNDUNG

1. LAGE

Das betroffene Gebiet liegt genau an der Gemeindegrenze zwischen der Marktgemeinde Pilsting und der Stadt Landau a.d. Isar, ca. 2,3 km südöstlich vom Ortskern Pilsting und ca. 2,1 km nordwestlich vom Ortskern Landau.

Das Planungsgebiet liegt an der Einmündung der Kreisstraße DGF 3 in die Bundesstraße B 20, südlich der Anschlussstelle Landau/B 20 der Autobahn A 92. Nördlich verläuft der Längenmühlbach. Im Südosten der Einmündung befinden sich ein Pendlerparkplatz, sowie 2 bebaute Grundstücke im Außenbereich. Umgebend an das Planungsgebiet liegen landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen.

2. ÜBERGEORDNETE PLANUNG

Die Marktgemeinde Pilsting liegt im Regierungsbezirk Niederbayern, im Landkreis Dingolfing - Landau. Nach der Gliederung Bayerns in Verwaltungsregionen befindet sich der Markt Pilsting in der Region 13 - Landshut. Im Landesentwicklungsplan (LEP) Bayern ist die Marktgemeinde Pilsting als Kleinzentrum ausgewiesen und dem Mittelzentrum Landau a. d. Isar zugeordnet.

Auf Grund der günstigen Lage als Kreuzungspunkt der regionalen Entwicklungsachsen Landshut-Deggendorf und Landau-Straubing, sowie der vorhandenen und geplanten Infrastruktur kann die Marktgemeinde Pilsting die Funktion als Kleinzentrum gut erfüllen.

Die Stadt Landau a.d. Isar ist als Mittelzentrum und als ein bevorzugt zu entwickelnder zentraler Ort eingestuft. Sie liegt an der überregionalen Entwicklungsachse zwischen Straubing und Eggenfelden.

Der derzeit rechtsverbindliche Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Marktgemeinde Pilsting wurde zuletzt vom Landratsamt Dingolfing-Landau mit Bescheid vom 22.12.2004 genehmigt. Das Planungsgebiet ist im derzeit gültigen Flächennutzungsplan überwiegend als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen. Nördlich im Planungsbereich verläuft der Längenmühlbach (Biotop).

Der derzeit rechtsverbindliche Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Landau a.d. Isar wurde vom Landratsamt Dingolfing – Landau am 20.08.2012 genehmigt. Das Planungsgebiet ist im derzeit gültigen Flächennutzungsplan überwiegend als landwirtschaftliche Fläche, sowie als Pendlerparkplatz ausgewiesen. Südöstlich sind auf der Ebene des Flächennutzungsplans geplante gliedernde Grünflächen, sowie ein Biotopverbund dargestellt.

3. VORHANDENE PLANUNGSRECHTLICHE UND STÄDTEBAULICHE SITUATION

Das Planungsgebiet ist im derzeit gültigen Flächennutzungsplan zum größten Teil als landwirtschaftliche Fläche, sowie als Pendlerparkplatz (auf Seiten des Gemeindebereichs der Stadt Landau) ausgewiesen. Südöstlich sind gliedernde Grünflächen, sowie ein Biotopverbund geplant. Nördlich im Planungsbereich verläuft der Längenmühlbach (Biotop).

An der Einmündungsstelle der Kreisstraße DGF 3 in die B 20 sind bereits mögliche Straßentrassen für eine Anbindung bzw. Ausbildung des Knotenpunktes dargestellt. Diese wurden im Zuge eines früheren Verfahrens zur möglichen Weiterführung der Kreisstraße DGF 3 in den Flächennutzungsplan aufgenommen. Bei dem damaligen Verfahren wurden die Auffahrtsäste im Südwesten und Nordosten als optimale Lösung angesehen. Eine detaillierte Variantenuntersuchung ist damals nicht erfolgt.

Der Marktgemeinderat Pilsting hat am 29.07.2013 die die Abänderung des Flächennutzungsplanes durch ein Deckblatt Nr. 27 für das Planungsgebiet beschlossen.

4. PLANUNGSANLASS UND -ZIEL / DARSTELLUNG IM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Die Bauleitplanung soll den Umbau der bestehenden Einmündung der Kreisstraße DGF 3 in die Bundesstraße B 20 bei Landau a.d. Isar zu einem teilplanfreien Knotenpunkt an der Gemeindegrenze zwischen Pilsting und der Stadt Landau a.d. Isar ermöglichen.

Durch das hohe Verkehrsaufkommen in den letzten Jahrzehnten hat sich die bestehende Einmündung der Kreisstraße DGF 3 in die Bundesstraße B 20 zur Unfallhäufungsstelle entwickelt. Durch den Pendlerparkplatz hat sich das Verkehrsaufkommen stark gesteigert. Durch eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 60 km/h wurde versucht, die Gefahrenstelle zu entschärfen.

Die Grenzen der Leistungsfähigkeit für ein nicht signalgeregeltes Ein- und Ausfahren von bzw. zur Bundesstraße aus Richtung Landau kommend sind nahezu erreicht. Hier ist v.a. das Linkseinbiegen auf die B 20 schwierig. Das Staatliche Bauamt Landshut hat hierauf einen dringenden Handlungsbedarf angezeigt.

Die Verbesserung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ist nur durch einen Umbau der vorhandenen höhengleichen Einmündung in einen höhenungleichen Knotenpunkt zu erreichen. Dies wurde in der verkehrstechnischen Untersuchung von Hr. Prof. Kurzak festgestellt.

Auf der Fläche des ehemaligen Gewerbe- und Rohstoffzentrums Pilsting (SO GWZ) nordwestlich des geplanten Knotenpunktes beabsichtigt der Grundstückseigentümer VR-Immobilien GmbH zeitgleich zum Bauleitplanverfahren Knotenpunkt ein

Industriegebiet zu entwickeln. Ebenso soll östlich dieses Geltungsbereichs im Kreuzungsbereich der B 20 und A 92 neben einem Sondergebiet Logistik ein Sondergebiet für Autohof, Gastronomie und Motel entstehen. Seitens der Autobahndirektion Südbayern wird die Lage als ausgezeichnet eingeschätzt.

Durch die unmittelbare Anbindung dieser Planungsflächen ist mit einer erheblichen Steigerung des Verkehrsaufkommens zu rechnen. Aus diesem Grund soll die Erschließungsstraße sicher mit der B 20 verknüpft werden und der Knotenpunkt leistungsfähig ausgebaut werden.

Die Verkehrsuntersuchung und der Prognosehorizont 2025/2030 ist der Verkehrstechnischen Untersuchung Prof. Kurzak zu entnehmen.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit planen die Marktgemeinde Pilsting und die Stadt Landau a.d. Isar in Verbindung mit dem Staatlichen Bauamt Landshut im Bereich des Anschlusspunktes der Kreisstraße DGF 3 zur Bundesstraße B 20 die Neuordnung der Verkehrserschließung durch einen teilplanfreien Knotenpunkt einschl. der erforderlichen Brückenbauwerke. Damit können die Fahrten des Knotenpunktes im Bereich der Bundesstraße künftig kreuzungsfrei erfolgen.

Mit der Änderung des Flächennutzungsplans wird eine Trasse dargestellt, die die geringsten Auswirkungen auf Natur und Landschaft hat und die naturschutzrechtlichen Belange ausreichend würdigt.

Im Rahmen der Änderung des Flächennutzungsplans werden die geplanten Trassen und Auffahrtsäste des Knotenpunktes als „Fläche für die örtlichen Hauptverkehrsstraßen - geplant“ gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 3 BauGB dargestellt. Für die verbleibenden Flächen im Plangebiet werden die bisherigen Darstellungen des Flächennutzungsplanes übernommen.

Für die neuen Verkehrswege ersetzt die Bauleitplanung ein Planfeststellungsverfahren. Diese Verfahrensweise wurde mit der Regierung von Niederbayern, dem Staatlichen Bauamt Landshut, dem Landratsamt Dingolfing-Landau und den Gemeinden festgelegt. So kann für die Öffentlichkeit eine bessere Nachvollziehbarkeit der Planung erreicht werden und das Bauleitplanverfahren insbesondere hinsichtlich der Abwägungen eingehender Anregungen erleichtert werden.

Der räumliche Geltungsbereich ist Gemeindegrenzen-übergreifend, so dass das Bauleitplanverfahren in der Marktgemeinde Pilsting und parallel in der Stadt Landau a.d. Isar durchgeführt wird.

Zusätzlich in den Geltungsbereich des Knotenpunktes einbezogen wird die mögliche Anbindung der Kreisstraße DGF 3 mit einer Verbindungsstraße zu dem geplanten Industriegebieten und den Sondergebieten Autohof, Gastronomie und Motel im Nordwesten, sowie der geplante Pendlerparkplatz.

Bei der weiteren Entwicklung der geplanten Industriegebiete und der Sondergebiete Autohof, Gastronomie und Motel westlich der Bundesstraße B 20 auf dem Gebiet der Marktgemeinde Pilsting (parallele Verfahren) ist es zwingend erforderlich, eine nachhaltige Lösung für eine funktionstüchtige Erschließung zu finden. Durch den teilplanfreien Knotenpunkt ist die Erschließung der Flächen gesichert.

5. STRASSENPLANUNG MIT VARIANTENUNTERSUCHUNG

Als Grundlage für die Änderung des Flächennutzungsplans für den geplanten Knotenpunkt der Kreisstraße DGF 3 mit der Bundesstraße B 20 wurde eine straßenbauliche Entwurfsplanung (im Zuge der parallelen Aufstellung des Bebauungsplans) erarbeitet, um mögliche Auswirkungen auf der Ebene der Flächennutzungsplanung prüfen und bewerten zu können. Die vorgenommene Straßenplanung ist für die Ebene der Flächennutzungsplanung ausreichend, da die grundsätzliche Machbarkeit aufgezeigt werden kann.

Mit der Änderung des Flächennutzungsplans wird der Bau der Zubringerstrecke lediglich planungsrechtlich vorbereitet. Unmittelbare Baurechte werden durch die Darstellung im Flächennutzungsplan nicht geschaffen. Diese noch notwendig zu erwirkenden Baurechte werden im Rahmen eines parallelen Verfahrens in Form eines verbindlichen Bebauungsplanes gemäß § 30 BauGB gesichert. Erst auf dieser Ebene ist es sinnvoll, einen detaillierten Straßenentwurf zu erarbeiten. In die konkretisierenden Planungen werden dann auch die geltenden gesetzlichen und technischen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

Die Höhenlage der Bundesstraße B 20 wird im Kreuzungsbereich beibehalten. Die Kreisstraße DGF 3 wird mit einer Brücke über die Bundesstraße B 20 geführt. Zum Anschluss an die Bundesstraße B 20 sind Auf- und Abfahrtsrampen erforderlich.

Die Baulänge der Bundesstraße B 20 beträgt ca. 650 m (Beschleunigungs- und Verzögerungstreifen). Hinzukommen ca. 550 m Anschlussrampen. Der Querschnitt der Bundesstraße als 2-spurige Straße bleibt unverändert. Die Streckencharakteristik wird durch den geplanten Ausbau nicht verändert.

Die Abfahrten von der Bundesstraße B 20 aus den Richtungen Straubing und Richtung Landau (auch A 92) werden durch je einen zusätzlichen Verzögerungstreifen und einem Anschlussast auf die Kreisstraße DGF 3 ermöglicht. Für die Auffahrten sind beidseits Beschleunigungstreifen vorgesehen.

Die Baulänge der Kreisstraße DGF 3 beträgt etwa 560 m. Der Querschnitt als einbahnig 2-streifige Straße bleibt unverändert. Der Querschnitt wird teilweise angepasst. Die DGF 3 erhält mit einer durchgehenden Fahrstreifenbreite von 4,00 m einen RQ 11.

Der Streckenverlauf wird in Richtung Westen hin erweitert. Im Anschluss daran wird die Weiterführung der Erschließungsstraße für die geplanten Baugebiete ermöglicht.

Für die Ausbildung des Knotenpunktes ist die Errichtung eines Brückenbauwerks mit beidseitigen Rampen über die Bundesstraße B 20 als Verlängerung der DGF 3 in Richtung Westen erforderlich. Im Bereich des Brückenbauwerks sind Dammschüttungen erforderlich.

6. VERGLEICHEN DER VARIANTEN UND WAHL DER LINIE

Die Variantenuntersuchung wird in den beiden parallel laufenden Verfahren zur Aufstellung der Deckblätter Nr. 1 der Stadt Landau a.d. Isar und Nr. 27 der Marktgemeinde Pilsting abgehandelt.

6.1.1 BESCHREIBUNG DES UNTERSUCHUNGSGEBIETES

Das Untersuchungsgebiet der verschiedenen Auf- und Abfahrtsrampen des Knotenpunktes DGF 3/B 20 beschränkt sich auf den Radius von ca. 90 m um das geplante Brückenbauwerk. Die DGF 3 wird geradlinig über die B 20 fortgesetzt.

Nachfolgend werden die verschiedenen Möglichkeiten der Auf- und Abfahrtsrampen untersucht. Da sich die einzelnen Auf- und Abfahrtsrampen in ihrer Leistungsfähigkeit kaum unterscheiden, sind die nachfolgend dargestellten 4 Kombinationsmöglichkeiten (Varianten 1-4) aufgezeigt.

Naturräumliche Gliederung

Gemäß der naturräumlichen Gliederung Deutschlands liegt das Plangebiet in der naturräumlichen Haupteinheit 064 "Dungau" in der Untereinheiten 064-B "Unteres Isartal und Isarmündung".

Die behandelten naturräumlichen Gegebenheiten sind nachfolgend zusammengestellt.

Land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen

Die sogenannte „Hietzinger Wiesen“ westlich der B 20 und die Freiflächen nördlich des Längenmühlbaches werden intensiv landwirtschaftlich als Acker genutzt. Wiesenflächen finden sich nur vereinzelt und kleinflächig.

Es sind keine Waldflächen vorhanden. Größere Gehölzbestände finden sich als gewässerbegleitende Gehölze am Längenmühlbach und als ein Feldgehölz im Südosten.

Gewässer

Der Längenmühlbach durchfließt das Untersuchungsgebiet von West nach Ost. Er wird von der B 20 gequert. In der Hietzinger Wiesen liegen Entwässerungsgräben, die dem Längenmühlbach zufließen. Innerhalb eines Feuchtgebietes im Westen gibt es ein flaches Stillgewässer innerhalb von Röhrichtbeständen.

Naturnahe Flächen

Naturnahe Flächen finden in erster Linie entlang des Längenmühlbaches (amtlich kartierte Biotopflächen mit alten Kopfweiden mit regionaltypischer Bedeutung) und in einem südlich angrenzenden Feuchtgebietskomplex (westlich der B 20), an Gräben in der „Hietzinger Wiesen sowie als Feldgehölze im Südosten. Im Bereich der Längenmühlbachaue sind die Artengruppen Vögel, Libellen, Fledermäuse, Tagfalter, Reptilien und Amphibien von Bedeutung. Hier wurde auch der Biber beidseits der B 20 und die Käferart Eremit in alten Kopfweiden östlich der B 20 nachgewiesen.

Siedlungsflächen

Südöstlich der bestehenden Einmündung der DGF 3 in die B 20 befinden sich Siedlungsflächen im Außenbereich (Tierpension, Wohngebäude mit Nebengebäuden, Lagerflächen). Im Süden eines Feldweges in den Hietzinger Wiesen liegt ein Einzelanwesen. Im Nordosten befindet sich eine kleine Kapelle.

Verkehrsflächen

Zentrale Achse innerhalb des Untersuchungsgebiets ist die bestehende B 20 zwischen der A 92 im Norden und Landau im Süden, in die von Osten her die DGF 3 einmündet. Im Südwesten der Einmündung befindet sich ein P+R-Parkplatz.

Freizeit- und Erholungseinrichtungen

Das Untersuchungsgebiet beinhaltet keine speziellen Einrichtungen oder ausgewiesene Flächen für Erholung oder Freizeitnutzung. Das Umfeld der Einmündung DGF 3 in die B 20 ist aufgrund der hohen Verkehrs- und Lärmbelastung für die Freizeit und Erholungsnutzung unattraktiv. Im Osten befindet sich eine Fußgängerbrücke, mit der der Längenmühlbach überquert werden kann und das landwirtschaftliche Wegenetz nördlich der DGF 3 bzw. des Baches erreicht werden kann.

Vorhandene Beeinträchtigungen

Beeinträchtigungen von Naturhaushalt, Landschaftsbild und Erholungseignung ergeben sich im Plangebiet hauptsächlich durch die bestehende B 20 und die DGF 3 (Versiegelung, Zerschneidungswirkungen, verkehrsbedingte

Störungen, Kollisionsgefahr für Fauna). Weitere Beeinträchtigungen sind vor allem auf die intensive Nutzung der vorhandenen natürlichen Ressourcen (intensiv genutzte großflächige landwirtschaftliche Fluren) zurückzuführen.

6.1.2 SCHUTZGEBIETE UND SCHUTZOBJEKTE IM UNTERSUCHUNGSGEBIET

Naturschutzrechtlich geschützte Arten, Gebiete und Bestandteile der Natur

Geschützte Arten

Für das Vorhaben wurden die naturschutzfachlichen Angaben zum speziellen Artenschutz in Unterlage 6 "Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP)" erarbeitet. Dort sind alle im artengruppenspezifischen Untersuchungsraum nachgewiesenen bzw. potenziell vorkommenden europäisch geschützten Arten aufgeführt. Im parallelen Verfahren zum Bebauungsplan sind die Fundorte der genannten Arten in den Planunterlagen zum landschaftspflegerischen Begleitplan (Bestands- und Konfliktplan) zu entnehmen. Eine Auflistung bedeutsamer Tier- und Pflanzenarten findet sich auch im Anhang der Unterlage 6 (Kap. 9.1).

Die Unterlagen für die naturschutzfachlichen Angaben zum speziellen Artenschutz (saP) werden für die verschiedenen Flächennutzungsplanänderungs- und Bebauungsplanverfahren übergreifend erstellt (Abstimmungsbesprechung am 02.02.2015). Für das Vorhaben wurden die bei vergleichbaren Projekten üblichen Vermeidungsmaßnahmen eingeplant bzw. wie sie von den Naturschutzbehörden gefordert wurden. Sollten sich durch die Kartierungsergebnisse bzw. die saP herausstellen, dass weitere artenschutzrechtliche Problemstellungen vorhanden sind, muss im Zuge der Erstellung der Bebauungsplanunterlagen ggf. mit darüber hinausgehenden weiteren Vermeidungs- und ggf. Kompensationsmaßnahmen darauf reagiert werden.

NATURA 2000-Gebiete nach § 32 BNatSchG

Natura 2000-Gebiete nach § 32 BNatSchG sind im Plangebiet nicht vorhanden. Die nächstgelegenen Natura 2000-Gebiete „DE 7341-301 Unteres Isartal zwischen Niederviehbach und Landau“ (FFH-Gebiet) und „DE 7341-471 Wiesenbrütergebiete im Unteren Isartal“ (SPA-Gebiet) haben einen Mindestabstand von circa 700 m bzw. 1 km zum geplanten Vorhaben und liegen aus funktionaler Sicht außerhalb der Reichweite projektbezogener Wirkprozesse. Der Längenmühlbach tangiert etwa 4 km bachabwärts das FFH-Gebiet „DE 7243-301 Untere Isar zwischen Landau und Plattling“.

Schutzgebiete nach §§ 23 – 29 BNatSchG

Schutzgebiete gemäß §§ 23 - 29 BNatSchG/Art. 13-16 BayNatSchG sind im Plangebiet bzw. im näheren Umfeld nicht vorhanden.

Nach § 30 BNatSchG / Art. 23 (1) BayNatSchG geschützte Flächen

Nach § 30 BNatSchG / Art. 23 (1) BayNatSchG geschützten Lebensräume finden sich entlang des Längenmühlbaches und in einem Feuchtbiotopkomplex südlich davon (westlich der B 20), sowie an einem Graben im Südwesten. Dabei handelt es sich um das Fließgewässer des Längenmühlbaches selbst, Sumpfgebüsche, Röhrichte verschiedener Ausprägung und kleinflächig Großseggenriede.

Lebensraumtypen der FFH-RL und Arten des Anhangs II der FFH-RL

Lebensraumtypen der FFH-RL kommen innerhalb des Untersuchungsgebietes nicht vor.

Im Untersuchungsgebiet wurden Arten des Anhangs II der FFH-RL festgestellt. Der Längenmühlbach ist u. a. Lebensraum des Bibers (Nahrungshabitate, Fraßspuren beidseits der B 20) sowie der Bachmuschel im weiteren Umfeld. In Kopfweiden am Längenmühlbach kommt der Eremit in Mulmhöhlen vor.

Lebensstätten nach § 39 Abs. 5 BNatSchG / Art. 16 (1) BayNatSchG

Hierzu zählen insbesondere die gewässerbegleitenden Gehölze und Röhrichte am Längenmühlbach, eine Hecke und Röhrichte am Graben im Süden des Plangebietes westlich der B 20, straßenbegleitende Gehölze an der B 20, der DGF 3 und dem bestehenden Pendlerparkplatz sowie ein Feldgehölz und Gehölze im Siedlungsbereich im Südosten des Gebietes.

Schutzwürdige Objekte und Bestandteile der Natur

Bayerische Biotopkartierung

Im Geltungsbereich sind Biotope erfasst. Dazu zählen „Gewässerbegleitgehölze der Mühlbäche“ am Längenmühlbach und „Hecken in der Feldflur der Niederterrasse des Isartals nördlich von Landau“ (mehrere Teilflächen).

Ökoflächenkataster

Im Gebiet liegen Ausgleichsflächen, die im Ökoflächenkataster des Bayerischen Landesamtes für Umwelt aufgelistet sind. Diese Flächen ergänzen die Bestände, die in der amtlichen Biotopkartierung erfasst sind. Flächen des Ökoflächenkatasters finden sich an Gräben im Westen und Süden sowie am Längenmühlbach beidseits des biotopkartierten Bestandes (östlich der B 20) bzw. nur nördlich des biotopkartierten Bestandes (westlich der B 20).

Sonstige Schutzgebiete

Bannwald nach Art. 11 BayWaldG, Schutzwald gem. Art. 10 BayWaldG

Waldbestände, welche nach dem Bayerischen Waldgesetz geschützt sind, sind im Untersuchungsgebiet nicht vorhanden.

Trinkwasserschutzgebiete nach Art. 35 BayWG

Schutzgebiete nach dem Bayerischen Wassergesetz liegen im Untersuchungsgebiet nicht vor.

Denkmalschutzgesetz

Bekannte Bau- oder Bodendenkmäler bzw. Verdachtsflächen sind im Bereich der Baumaßnahme nicht bekannt.

Geotope

Im Umfeld der Maßnahme befinden sich keine Geotope.

Überschwemmungsgebiete und wassersensible Räume

Festgesetzte Überschwemmungsgebiete sind nicht vorhanden. Es wurden allerdings beidseits des Längenmühlbaches Überschwemmungen beobachtet. Das gesamte Umfeld wurde aufgrund des zeitweise hoch anstehenden Grundwassers als wassersensibler Bereich erhoben.

6.2 BESCHREIBUNG DER UNTERSUCHTEN VARIANTEN

In Zusammenhang mit der Anbindung der Entwicklungsflächen „Hietzinger Wiesen“ an die B 20 bzw. die A 92 wurden bereits im Jahr 2004 in einer Voruntersuchung mehrere Möglichkeiten untersucht:

- Anschluss mit unsymmetrischen halben Kleeblatt im Bereich der bestehenden Einmündung DGF 3
- Anschluss im Bereich der A 92-Anschlussstelle und Umbau der bestehenden Einmündung der Rampe zu einer lichtsignalgeregelten Kreuzung
- Anschluss als teilplangleicher Knotenpunkt im Bereich der bestehenden Einmündung DGF 3

- Anschluss im Bereich der A 92-Anschlussstelle mit neuer Unterführung der B 20 sowie zusätzlicher höhengleicher Einmündung in B 20 südlich der Anschlussstelle

Derzeit plant das StBA auch zur Entschärfung einer Unfallhäufungsstelle an der A 92-Anschlussstelle eine Direktrampe im südwestlichen Quadranten der Anschlussstelle. Zudem soll vor dem Hintergrund der Fortschreibung des Bedarfsplans für Bundesfernstraßen und dem in der Anmeldung enthaltenen 4-streifigen Ausbau der B 20 nördlich der A 92 die Fläche für den Umbau der Anschlussstelle zu einem Kleeblatt von Bebauung freigehalten werden. Die Varianten mit einer Anbindung der Entwicklungsflächen „Hietzinger Wiesen“ im Bereich der A 92-Anschlussstelle scheiden somit grundsätzlich aus. Nachfolgend sind daher nur mehr die Varianten in Zusammenhang mit einem Anschluss im Bereich der bestehenden Einmündung der DGF 3 in die B 20 aufgeführt.

6.2.1 VARIANTENÜBERSICHT

Neben den teilplanfreien Lösungen sind auch folgende Möglichkeiten eines Kreuzungsumbaus untersucht worden:

- Lichtsignalanlage
Der B 20 kommt als bedeutende Verkehrsachse im südost-bayerischen Raum eine besondere Bedeutung im überregionalen Straßennetz zu. Eine zügige sowie verkehrssichere Befahrbarkeit ist von großer Bedeutung. Eine Lichtsignalanlage würde hier eine Zäsur in der Streckencharakteristik bedeuten und im Widerspruch zu weiteren Maßnahmen an der B 20 (2+1 Ausbauten Mettenhausen, Haunersdorf, Simbach) stehen.
- Kreisverkehrsplatz
Ein Kreisverkehrsplatz würde sich ebenso wie eine Lichtsignalanlage negativ auf die Streckencharakteristik auswirken. Die B 20 ist zudem im sog. „kreisverkehrsfreien Netz“ enthalten.
- „Weißwurst-Knoten“
In der Öffentlichkeit wurde eine Lösung analog dem Kreuzungsumbau B388/PAN43 bei Bad Birnbach diskutiert. Bei dieser Knotenpunktsform wäre eine Aufweitung der B 20 in der Form vorgesehen, dass eine große ovalförmige Mittelinsel in der B 20 mit innenliegenden Linksabbiegespuren errichtet wird, an die die DGF 3 und die Erschließungsstraße der Entwicklungsgebiete „Hietzinger Wiesen“ anbinden. Im Gegensatz zu einer Kreisverkehrslösung bleibt die B 20 vorfahrtsberechtigt.
Die Leistungsfähigkeitsuntersuchung hat ergeben, dass an mehreren betrachteten Teilknoten keine ausreichende Leistungsfähigkeit (Qualitätsstu-

fen E und F nach HBS) erreicht wird. Details der Untersuchung sind Unterlage 4 zu entnehmen.

- Teilplangleicher Knotenpunkt mit einer Schleifenrampe im südöstlichen-Quadranten
Bei dieser Knotenpunktsform wäre für einen dominierenden Verkehrsstrom von der A 92 in die Entwicklungsflächen „Hietzinger Wiesen“ ein Linksabbiegevorgang an der B 20 sowie in die DGF 3 erforderlich. Die Einmündungssituation für den Verkehr von der DGF 3 in Richtung Landau wäre gegenüber der vorhandenen Situation nicht verbessert. An einem benachbarten Knotenpunkt wurde aus den hier aufgeführten Gründen die teilplangleiche Lösung zu einem teilplanfreien Knotenpunkt umgebaut (B 20 - St 2114).

Da diese Lösungen aus Gründen der Leistungsfähigkeit bzw. der Streckencharakteristik ausscheiden, wird im nachfolgenden Variantenvergleich nur mehr auf die unterschiedlichen teilplanfreien Varianten eingegangen.

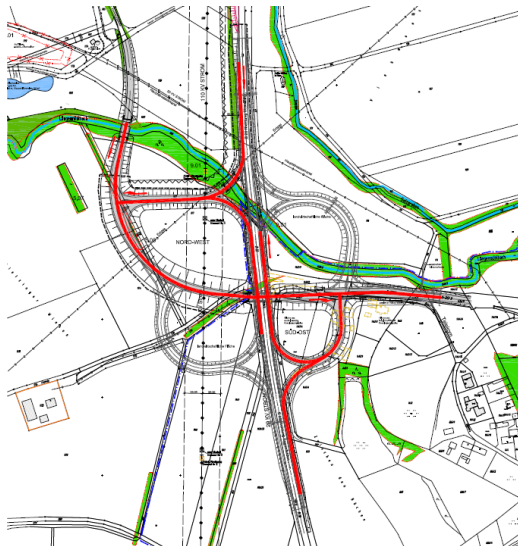
Bei einer teilplanfreien Knotenpunktsform wurde neben der Überführung der DGF 3 über die B 20 auch eine Unterführung der B 20 untersucht. Dazu sind grundsätzlich 2 Untervarianten denkbar:

- Gradiente der B 20 bleibt unverändert
- Gradiente der B 20 wird zur Minimierung der erforderlichen Grundwasserwanne angehoben

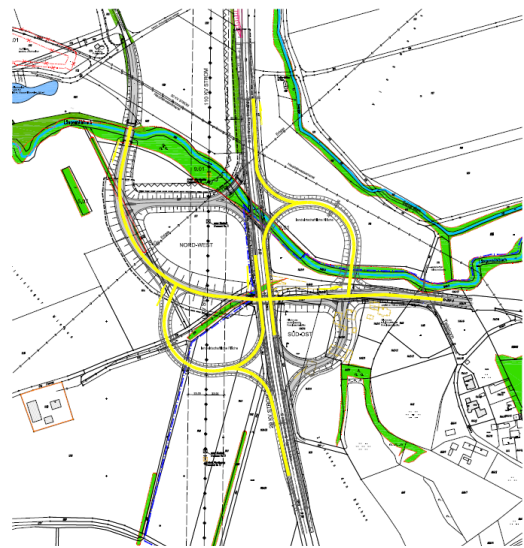
Für die Untervariante a) haben sich um ca. 100 % höhere Baukosten gegenüber der Vorzuglösung ergeben. Dies ist auf die insgesamt auf ca. 500 m Gesamtlänge erforderliche Grundwasserwanne im Zuge der DGF 3 sowie der Anschlussrampen zurückzuführen. Neben den erstmaligen Investitionskosten sprechen auch Aspekte der Unterhaltung (Pumpenanlage usw.) gegen diese Lösung. Für die Untervariante b) könnten die Baukosten für die Grundwasserwanne reduziert werden, die Anpassung der B 20 würde aber in ähnlicher Größenordnung Kosten verursachen. Zudem müsste die B 20 für die Anhebung der Gradiente für einen längeren Zeitraum voll gesperrt werden. Da nur eingeschränkt dafür geeignete Umleitungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen wäre ggf. sogar die Anlage einer provisorischen Umfahrung erforderlich. Aus den genannten Gründen werden diese Varianten ebenfalls nicht weiter verfolgt.

Nachfolgend werden ausschließlich Varianten mit Überführung der DGF 3 über die B 20 betrachtet.

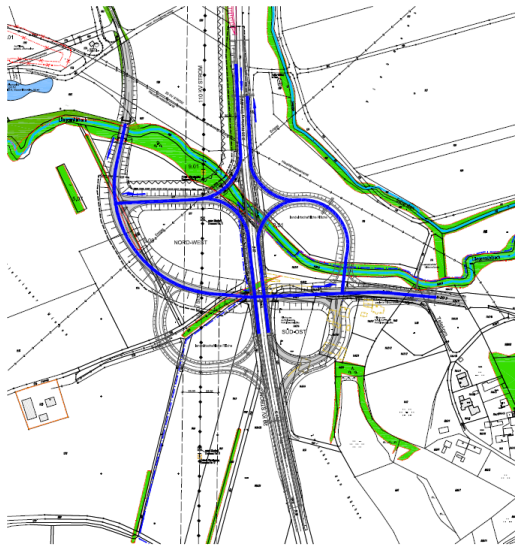
Die Systemvarianten 1 bis 4 stellen die grundsätzlich denkbaren unterschiedlichen Kombinationsmöglichkeiten zur Anordnung der Rampen dar.



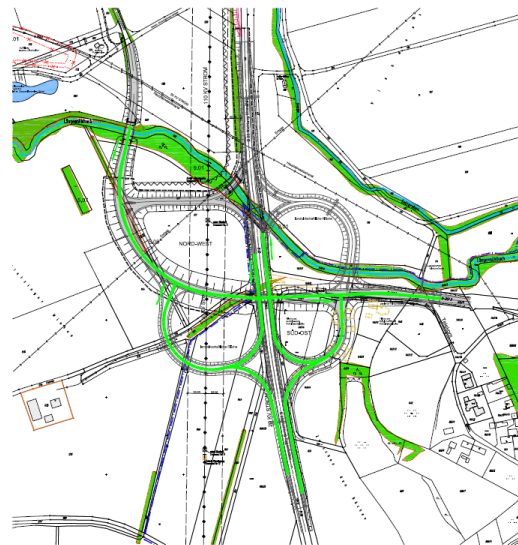
Variante 1



Variante 2



Variante 3



Variante 4

6.2.2 VARIANTE 1

In der Variante 1 erfolgt die Bundesstraßen-Abfahrt zur DGF 3 von der A 92 kommend über einen nordwestlich angeordneten Ast. Die Abfahrt zur DGF 3 von Landau kommend erfolgt über einen südöstlich angeordneten Ast.

Es wird neben der Brücke über die B 20 ein zusätzliches Brückenbauwerk bzw. Verrohrung für den NW-Ast über den Längenmühlbach erforderlich.

6.2.3 VARIANTE 2

In der Variante 2 erfolgt die Bundesstraßen-Abfahrt zur DGF 3 von der A 92 kommend über einen südwestlich angeordneten Ast. Die Abfahrt zur DGF 3 von Landau kommend erfolgt über einen nordöstlich angeordneten Ast.

Es wird neben der Brücke über die B 20 ein zusätzliches Brückenbauwerk für den NO-Ast über den Längenmühlbach erforderlich. Die bestehende Brücke der B 20 über den Längenmühlbach muss für die Ausfahrtsspur des NO-Astes verbreitert werden.

Kleinere offene und verrohrte Gräben befinden sich im Bereich des geplanten SW-Astes und müssen verlegt oder neu verrohrt werden.

6.2.4 VARIANTE 3

In der Variante 3 erfolgt die Bundesstraßen-Abfahrt zur DGF 3 von der A 92 kommend über einen nordwestlich angeordneten Ast. Die Abfahrt zur DGF 3 von Landau kommend erfolgt über einen nordöstlich angeordneten Ast.

Es wird neben der Brücke über die B 20 ein zusätzliches Brückenbauwerk für den NO-Ast über den Längenmühlbach erforderlich. Die bestehende Brücke der B 20 über den Längenmühlbach muss für die Ausfahrtsspur des NO-Astes verbreitert werden. Ein weiteres Brückenbauwerk bzw. Verrohrung ist für den NW-Ast über den Längenmühlbach erforderlich.

6.2.5 VARIANTE 4

In der Variante 4 erfolgt die Bundesstraßen-Abfahrt zur DGF 3 von der A 92 kommend über einen südwestlich angeordneten Ast. Die Abfahrt zur DGF 3 von Landau kommend erfolgt über einen südöstlich angeordneten Ast.

Es werden neben der Brücke über die B 20 keine zusätzlichen Brückenbauwerke über den Längenmühlbach erforderlich. Kleinere offene und verrohrte Gräben befinden sich jedoch im Bereich des geplanten SW-Astes und müssen verlegt oder neu verrohrt werden.

6.3 VARIANTENVERGLEICH

Die nachfolgenden Untersuchungspunkte werden für die jeweiligen Abfahrtsäste SW-SO-NW-NO betrachtet und abschließend in einer Gesamtschau der Variantenmöglichkeiten (Varianten 1-4) gewertet.

6.3.1 RAUMSTRUKTURELLE WIRKUNG

Die Qualität der Straßen-Infrastruktur ist bei allen Varianten vergleichbar, d.h. eine ausreichende Leistungsfähigkeit der Rampen in den einzelnen Quadranten ist bei allen Varianten gegeben. Aufgrund der Verkehrsbelastung ergibt sich kein Ausschlusskriterium für einen der möglichen Standorte der Anschlussäste.

Hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse und dem erforderlichen Grunderwerb ist folgender Sachstand gegeben.

Abfahrtsast Nordwest:

Der Grunderwerb ist gesichert.

Abfahrtsast Nordost:

Der Grunderwerb ist derzeit noch nicht gesichert.

Abfahrtsast Südwest:

Der Grunderwerb ist derzeit noch nicht gesichert.

Abfahrtsast Südost:

Der Grunderwerb ist derzeit noch nicht komplett gesichert. Es wurden bereits Gespräche mit den Grundstückseigentümern geführt und es besteht grundsätzlich Verkaufsbereitschaft.

Es werden derzeit die Notarverträge vorbereitet.

6.3.2 VERKEHRLICHE BEURTEILUNG

Auf Grundlage der verkehrstechnischen Untersuchung von Hr. Prof. Dr. Kurzak ergibt sich mit dem umgebauten Knotenpunkt eine deutliche Verbesserung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit. Die Einstufung der Verkehrsqualität erfolgt, nach dem Umbau der bestehenden Kreuzung zu einem teilplanfreien Knotenpunkt, bei allen Verkehrsströmen zu und von der B 20 auf die DGF 3 in der Variante 1, d. h. Anschlussäste im Nordwest- und Südostquadranten, in die Stufe A.

Bei allen anderen Varianten (2 bis 4) ist immer ein Anschlussast vorhanden, bei dem die Verkehrsqualität nicht mehr in die Stufe A einzuordnen ist, da mehr Linkseinbieger von den Anschlussrampen in die DGF 3 einfahren, als bei Variante 1.

Durch die zusätzliche Ausweisung von den geplanten Gewerbeflächen im Nordwesten des Knotenpunktes mit einem zusätzlichem Sondergebiet für einen Autohof, Gastronomie und Motel, sowie Logistik wird mit einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen von ca. 6.000 KFZ/24 h als Summe des ein- und ausfahrenden Verkehrs gerechnet. Davon entfallen ca. 1.520 auf Schwerver-

kehr (25%). Der Anteil des zusätzlichen Verkehrs des Entwicklungsgebiets an die Grundbelastung des Knotenpunktes im Prognosejahr 2025/2030 beträgt ca. 32 %. Aus diesem Grund ist es ausschlaggebend, die Weiterführung der DGF 3 als Erschließungsstraße in das geplante Sonder- und Industriegebiet im Zuge der Variantenuntersuchung mit einzubeziehen. Somit wird auf den Verkehrsfluss zwischen dem geplanten Gewerbeflächen und Autohof sowie der Autobahnanschlussstelle Landau besonderes Gewicht gelegt.

Abfahrtsast Nordwest:

Hinsichtlich der geplanten Erschließung Autohof und Gewerbe im Nordwesten ist der Verkehrsfluss als optimal anzusehen. Der prognostizierte Hauptverkehr von Richtung Autobahn in das geplante Erschließungsgebiet kann als Rechtsabbieger stattfinden. Bei der Auffahrt auf die B 20 aus Richtung Westen kann der Verkehr mit einer Linksabbiegespur an der DGF 3 entlastet werden.

Aus der verkehrstechnischen Untersuchung von Hr. Prof. Dr.-Ing. Kurzak geht hervor, dass der Gesamtverkehr in Kfz/24h von und zum Gewerbegebiet („Rechtseinbieger“) ca. das 1,5fache beträgt als der von und zu nach Landau („Linkseinbieger“). Der Mehranteil beim Schwerverkehr für KFZ/24h beläuft sich sogar auf ca. das 2,5 fache!

Abfahrtsast Nordost:

Hinsichtlich der geplanten Erschließung Autohof und Gewerbe ist der Verkehrsfluss aus Richtung Landau auf der B 20 als Rechtseinbieger als optimal anzusehen. Bei der Auffahrt auf die B 20 aus Richtung Westen kann der Verkehr mit einer Linksabbiegespur an der DGF 3 geführt werden, jedoch kann dieser prognostizierte Hauptverkehr als Linksabbieger hinterhalb des Brückenbauwerks eher als ungünstig eingestuft werden.

Abfahrtsast Südwest:

Hinsichtlich der geplanten Erschließung Autohof und Gewerbe ist der Verkehrsfluss aus Richtung Autobahn auf der B 20 als Linkseinbieger als nicht optimal anzusehen. Eine flüssige Auffahrt auf die B 20 aus Richtung Westen ist durch die Rechtsabbiegesituation jedoch gegeben.

Abfahrtsast Südost:

Der Verkehr aus Richtung B 20 Landau zur geplanten Erschließungsfläche Autohof/Gewerbe muss, verkehrstechnisch ungünstig, links abbiegen.

Der prognostizierte Hauptverkehr von Westen her kommend, aus dem geplanten Erschließungsgebiet kann verzögerungsfrei auf die Rampe der B 20 durch die Rechtsabbiegesituation auffahren in Richtung Autobahn.

Von der B 20 kommend muss jedoch als Linksabbieger mit Verzögerungen in Richtung geplanter Erschließung Autohof und Gewerbe gerechnet werden.

Aus der verkehrstechnischen Untersuchung von Hr. Prof. Dr.-Ing. Kurzak geht hervor, dass der Gesamtverkehr in Kfz/24h von und zum Gewerbegebiet („Rechtsabbieger“) ca. das 1,5 fache beträgt als der von und zu nach

Landau („Linksabbieger“). Der Mehranteil beim Schwerverkehr für KFZ/24h beläuft sich sogar auf ca. das 2,5 fache!

6.3.3 ENTWURFS- U. SICHERHEITSTECHNISCHE BEURTEILUNG

B 20:

Auf der B 20 werden keine Änderungen der vorhandenen Trassierungsparameter für die Hauptstrecke vorgenommen.

DGF 3:

Lageplan:	R min: 135 m R max: 500 m
Höhenplan:	H _k min: 2.450 m H _w max: 3.000 m S max: 4,64 %
Damm / Einschnitt:	9,30 m / 0,0 m
Entwässerung:	Über Dammböschung und angrenzende Grünflächen
Verknüpfungen:	Schleifenrampe im Nordwesten auf die B 20 Schleifenrampe im Südosten auf die B 20
Bauwerke:	1 Bauwerk, Überführungsbauwerk über die B 20
Baulänge:	560,00 m
Flächenbedarf gesamt:	ca. 1,9 ha
Erdmengen:	Liefermengen, ca. 53.500 m ³
Verkehrsführung Verkehr während der sperrung Bauzeit:	Der Neubau ist weitestgehend unabhängig vom durchführbar, da die Baumaßnahme unter Vollsperrung des betroffenen Streckenabschnittes der DGF 3 erfolgen soll. Die Herstellung der Brückenwiderlager erfolgt außerhalb der bestehenden B 20. Die Überbaukonstruktion ist als Fertigteilkonstruktion geplant. Für den Montagevorgang der Fertigteile ist eine kurzzeitige Vollsperrung der B 20 in verkehrsarmen Zeiten angedacht.

Deckblatt Nr. 27 zum Flächennutzungsplan-Verfahren, Markt Pilsting
BEGRÜNDUNG

Schleifenrampen:

Merkmal	Abfahrtsast Nordwest	Abfahrtsast Südost	Abfahrtsast Südwest	Abfahrtsast Nordost
R min:	54,00 m	46,00 m	55,75 m	54,00 m
R max:	325,00 m	56,00 m	63,25 m	63,25 m
H _k min:	-	-	-	-
H _w max:	3.000 m	3.000 m	3.000 m	3.000 m
S max:	2,12 %	1,86 %	1,52 %	0,68 %
Damm / Ein- schnitt:	5,20 m / 0,0 m	4,00 m / 0,0 m	5,00 m / 0,0 m	3,00 m / 0,0 m
Entwässerung:	Über Damm- böschung und angrenzende Grünflächen	Über Dammbö- schung und an- grenzende Grünflächen	Über Dammbö- schung und an- grenzende Grünflächen	Über Damm- böschung und angrenzende Grünflächen
Verknüpfun- gen:	Anbindung an die B 20 und die DGF 3	Anbindung an die B 20 und DGF 3	Anbindung an die B 20 und DGF 3	Anbindung an die B 20 und DGF 3
Bauwerke:	1 Überföh- rungsbauwerk über den Län- genmühlbach	-	-	2 Überföh- rungsbauwer- ke über Län- genmühlbach
Baulänge:	Aus FR Straubing: ca. 346 m FR Landau: ca. 347 m	Aus FR Landau: ca. 345 m FR Straubing: ca. 334m	Aus FR Straubing: ca. 405 m FR Landau: ca. 302 m	Aus FR Landau: ca. 388 m FR Straubing: ca. 358 m
Flächenbe- darf gesamt:	ca.0,75ha	ca. 0,57 ha	ca. 0,85 ha	ca. 0,86 ha
Erdmengen:	Liefermengen, ca. 6.000 m ³	Liefermengen, ca. 5.000 m ³	Liefermengen, ca. 6.000 m ³	Liefermengen, ca. 6.000 m ³
Verkehrsföh- rung während der Bauzeit:	Neubau wei- testgehend unabhängig von der beste- henden DGF 3 und B 20 mög- lich. Es ist eine Voll- sperrung der DGF 3 vorge- sehen	Neubau wei- testgehend un- abhängig von der bestehen- den DGF 3 und B 20 möglich. Es ist eine Voll- sperrung der DGF 3 vorge- sehen	Neubau wei- testgehend un- abhängig von der bestehen- den DGF 3 und B 20 möglich. Es ist eine Voll- sperrung der DGF 3 vorge- sehen	Neubau wei- testgehend unabhängig von der beste- henden DGF 3 und B 20 mög- lich. Es ist eine Voll- sperrung der DGF 3 vorge- sehen

6.3.4 UMWELTAUSWIRKUNGEN EINSCHLIESSLICH WECHSELWIRKUNGEN

Schutzgut Boden:

Durch die Varianten werden keine amtlicherseits registrierten Bodendenkmäler berührt.

Als Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden sind die betriebsbedingten Beeinträchtigungen durch die Schadstoffbelastung sowie das Aufbringen von Streusalzen zu nennen. Auf einem Streifen von 1 bis 2 m beidseitig von Straßen ist mit einem erhöhten Schadstoffeintrag in Boden und Aufwuchs zu rechnen. Im weiteren Bereich nimmt die Bodenkontamination steil ab. Die höchsten Gehalte an Streusalz finden sich in unmittelbarer Straßennähe. Neben streusalzbedingten physikalischen und chemischen Veränderungen des Bodens kann es zu einer Beeinträchtigung der Bodenlebewelt kommen. Auf Grund der unmittelbar angrenzenden B 20 ist jedoch keine wesentliche Zunahme von Schadstoffeinträgen in den Untergrund zu befürchten.

Die Zusatzbelastungen nehmen mit zunehmender Entfernung vom Fahrbahnrand ab, so dass keine erheblichen negativen Auswirkungen zu befürchten sind.

Zu beachten ist die bei Betrieb einer Straße immer gegebene potenzielle Gefährdung bei Unfällen mit Gefahrguttransporten. Diese ist durch die angrenzende B 20 bereits gegeben.

Der Schadstoffeintrag ist für alle Varianten als ähnlich einzustufen, somit werden nachfolgend die Varianten im Schutzgut Boden lediglich auf den Flächenverbrauch hin vergleichend untersucht.

Im Planungsgebiet können geogen erhöhte Arsengehalte auftreten. Arsenfreisetzungen können durch Änderungen der Wasserverhältnisse, des pH-Wertes oder des Bodengefüges nicht ausgeschlossen werden. Die Verwertbarkeit des anfallenden Bodenmaterials kann eingeschränkt sein. Es wird empfohlen, eine repräsentative, horizontbezogene Flächenbeprobung vor Aushubarbeiten hinsichtlich des Parameters Arsen durchzuführen (sh. auch „Handlungshilfe für den Umgang mit geogen arsenhaltigen Böden“ LfU 2014). Eine horizontbezogene Beprobung ermöglicht es, besonders belastete Bodenhorizonte zu identifizieren und im Rahmen des Bodenmanagements zu separieren und eventuell auf der beplanten Fläche zu verwerten.

Ein horizontweiser Ausbau von Aushubmaterial, welches nicht wieder auf der beplanten Fläche verwendet werden kann, wird dringend angeraten. Die ordnungsgemäße Verbringung des im Zuge von Baumaßnahmen anfallenden und im Baugebiet nicht wieder zu verwendenden Bodenaushubs ist mit der Eingabeplanung der Bodenschutzbehörde beim Landratsamt Dingolfing-Landau aufzuzeigen.

Soweit der Mutterboden gebietsbezogen verwendet werden kann, ist er im Geltungsbereich der Maßnahme wiederzuverwenden. Der Mutterboden ist nach Möglichkeit im Gebiet bzw. Grundstück wieder einzubauen oder für landwirtschaftliche oder naturgestalterische Zwecke zu verwerten. Eine Verbringung auf eine Deponie ist nicht gestattet. Die ordnungsgemäße Verbringung ist mit der Erschließungs- bzw. Eingabeplanung der Bodenschutzbehörde des Landratsamtes aufzuzeigen.

In diesem Rahmen wird darauf hingewiesen, dass Aufschüttungen und Abgrabungen mit einer Höhe von mehr als 2 m oder einer Fläche von mehr als 500 m² grundsätzlich einer Baugenehmigung bedürfen (Art. 55 Abs. 1 BayBO).

Eine bodenkundliche Baubegleitung, v.a. in Hinblick auf o.a. Aushub und Verwertung von humosen und niedermoorigen Bodenmaterial und Mutterboden wird empfohlen, um die Einhaltung der Bodenschutzaufgaben zu gewährleisten. Der Investor sollte im Rahmen der Erschließungs- bzw. Eingabeplanung zur bodenkundlichen Baubegleitung seitens der Gemeinde verpflichtet werden.

Abfahrtsast Nordwest:

Durch die mittlere Rampenlänge verglichen mit den 3 anderen Rampenmöglichkeiten ist die Versiegelungsfläche gegenüber den anderen Varianten mittel. Durch die Lage in landwirtschaftlichen Flächen und am Längenmühlbach ist die Überbauung gewachsenen Bodens hoch. Die Flächenverluste von Böden mit Biotopkartierung und Biotopentwicklungspotential sind hoch.

Abfahrtsast Nordost:

Durch die relativ große Rampenlänge ist die Versiegelungsfläche gegenüber den anderen Varianten hoch. Durch die Lage in landwirtschaftlichen Flächen und die Tangierung des Längenmühlbachs an 2 Stellen ist die Überbauung gewachsenen Bodens hoch. Die Flächenverluste von Böden mit Biotopkartierung und Biotopentwicklungspotential sind sehr hoch.

Abfahrtsast Südwest:

Durch die große Rampenlänge ist die Versiegelungsfläche gegenüber den anderen Varianten am höchsten. Durch die Lage in landwirtschaftlichen Flächen ist hier die Überbauung gewachsenen Bodens hoch. Die Flächenverluste von Böden mit Biotopkartierung und Biotopentwicklungspotential sind hoch.

Abfahrtsast Südost:

Auf Grund der geringeren Rampenlänge ist die Versiegelungsfläche gegenüber den anderen Varianten am geringsten. Durch die bestehende Bebauung und den bestehenden Pendlerparkplatz ist auch hier die Überbauung

gewachsenen Bodens gering. Die Flächenverluste von Böden mit Biotopotential sind sehr gering.

Schutzgut Wasser:

Wasserschutzgebiete werden nicht berührt. Weiterhin werden keine amtlich festgesetzten Überschwemmungsgebiete und keine Vorranggebiete für den Hochwasserschutz gemäß Regionalplan berührt.

Der Schadstoffeintrag durch Niederschlagswasser von befestigten Verkehrsflächen versickert im Bereich des Straßenrands oder in geplanten Mulden und beschränkt sich auf einen Bereich von wenigen Metern neben der Fahrbahn. Niederschlagswasser aus den Straßenflächen wird nicht in den Längenmühlbach eingeleitet.

Abfahrtsast Nordwest:

Durch diese Variante ist der Längenmühlbach durch 1 zusätzlich erforderliches Brückenbauwerk (bzw. Verrohrung) betroffen, da dieser gequert werden muss. Durch die geplante Erschließungsstraße in Richtung Westen ist in diesem Bereich ein weiteres Brückenbauwerk erforderlich. Die Brückenbauwerke dürfen den Bachquerschnitt und die Fließgeschwindigkeit nicht verändern.

Verengungen und Straßendämme durchschneiden und verkleinern mögliche Retentionsräume entlang des Längenmühlbachs. Diese müssen ausgeglichen werden.

Abfahrtsast Nordost:

Der Längenmühlbach muss durch ein zusätzlich erforderliches Brückenbauwerk gequert werden. Die bestehende Brücke der B 20 über den Längenmühlbach muss auf Grund der Abbiegespur verbreitert werden. Die Brückenbauwerke dürfen den Bachquerschnitt und die Fließgeschwindigkeit nicht verändern.

Verengungen und Straßendämme durchschneiden und verkleinern mögliche Retentionsräume entlang des Längenmühlbachs. Diese müssen ausgeglichen werden.

Abfahrtsast Südwest:

Zusätzliche Brückenbauwerke sind nicht erforderlich.

Kleinere offene und verrohrte Gräben befinden sich im Bereich des geplanten SW-Astes und müssen verlegt oder neu verrohrt werden.

Abfahrtsast Südost:

Zusätzliche Brückenbauwerke sind nicht erforderlich.

Schutzgut Luft und Klima:

Die Varianten unterscheiden sich hinsichtlich des Schutzgutes Luft und Klima nicht.

Während der Bauphase sind Beeinträchtigungen durch Staubemissionen für alle Varianten gleich zu werten.

Schutzgut Tiere und Pflanzen:

Allgemeine Auswirkungen auf Lebensräume, Schutzgebiete und Biotope:

Als Konfliktschwerpunkt ist die Beeinträchtigung eines regional bedeutsamen Lebensraumes entlang des Längenmühlbachs (Biotop Nr. 9.01 Marktgemeinde Pilsting und Stadt Landau a.d. Isar). Durch die Überbauung bzw. Kreuzung des Fließgewässers wird der Lebensraum mit hoher Bedeutung für Pflanzen und Tiere zusätzlich beeinträchtigt. An dieser Verbundachse wird die Zerschneidungswirkung durch die bestehende B 20 verstärkt.

Abfahrtsast Nordwest:

Mit dem Anschlussast wird der Längenmühlbach als amtlich kartiertes Biotop Nr. 9.01 durch ein Brückenbauwerk im, durch die bestehende B 20, vorbelasteten Bereich zusätzlich durchschnitten. Die Störung der hier bereits vorbelasteten, funktionalen Zusammenhänge in Bereichen mit hoher Empfindlichkeit nimmt weiter zu. Das Biotop Nr. 5.08 wird ebenfalls tangiert.

Abfahrtsast Nordost:

Durch den Anschlussast wird der Längenmühlbach als amtlich kartiertes Biotop Nr. 9.01 durch ein Brückenbauwerk im Abstand von ca. 140 m zur B 20 zertrennt. Mit der Verbreiterung der bestehenden Brücke im Zuge der B 20 entsteht hier ein weiterer Eingriff. Die Beeinträchtigung des Lebensraumes und der funktionalen Zusammenhänge zwischen Sulzgraben und Längenmühlbach ist durch die Eingriffsfläche und die Nähe zu den beiden Gewässern massiv.

Abfahrtsast Südwest:

Der Anschlussast stellt einen Eingriff ins amtlich kartierte Biotop Nr. 5.09 (Marktgemeinde Pilsting) dar. Dieses befindet sich direkt im südwestlichen Anschlussast.

Abfahrtsast Südost:

Es werden keine Schutzgebiete oder Biotope berührt.

Auswirkungen auf die Vogelwelt / Artenschutz:

Im Nahbereich der bestehenden Trasse der B 20 gibt es bereits starke Beeinträchtigungen der Fauna durch den Lärm.

Abfahrtsast Nordwest:

Die Varianten im Bereich des Längenmühlbachs haben größerer Auswirkungen auch auf die Fauna. Durch die erforderlichen Brückenbauwerke wird die Verbundachse entlang des Längenmühlbachs durch die B 20 vorbelasteten Bereich zusätzlich durchschnitten und die Wanderwege stärker behindert.

Abfahrtsast Nordost:

Die Auswirkung auf die Fauna ist sehr hoch einzustufen. Durch die erforderlichen Brückenbauwerke wird der Naturraum durchschnitten und die Wanderwege stark behindert. Vor allem in dem Wanderkorridor zwischen Längenmühlbach und Sulzgraben hat der Trasseneinschnitt gravierende Auswirkungen.

Abfahrtsast Südwest:

Die Auswirkung auf die Fauna ist hoch einzustufen, da das hier befindliche Biotop zerstört wird.

Abfahrtsast Südost:

Es werden keine Schutzgebiete oder Biotope berührt.

Die unmittelbare Auswirkung auf die Fauna ist als gering anzusetzen, da sich derzeit hier die Tierpension und der Pendlerparkplatz befinden.

Schutzgut Landschaftsbild:

Die bestehenden Straßentrassen der B 20 und der DGF 3 von Osten her kommende DGF 3 mit Dammböschungen und hoher Verkehrsbelastung stellen bereits eine wesentliche Vorbelastung des Landschaftsbildes dar. Das Brückenbauwerk der Überquerung der B 20 verstärkt diese Wirkung. Bedeutsame Sichtbeziehungen sind aufgrund der Dammlagen der bestehenden B 20 und A 92 sowie der Gehölzkulissen am Längenmühlbach nicht vorhanden. Die verschiedenen Planungsvarianten nehmen hierbei keinen Einfluss.

Abfahrtsast Nordwest:

Der Landschaftsverbrauch durch die Überbauung und Inanspruchnahme von Flächen mit mittlerer Landschaftsbildqualität ist beim Anschlussast im Nordwesten durch die unmittelbare Nähe zum Längenmühlbach hoch.

Abfahrtsast Nordost:

Der Landschaftsverbrauch durch die Überbauung und Inanspruchnahme von Flächen mit mittlerer Landschaftsbildqualität ist beim Anschlussast im Nordosten durch die unmittelbare Nähe zum Längenmühlbach und auch zum Sulzgraben sehr hoch. Die landschaftsprägende Vegetation entlang des Längenmühlbachs wird in einem deutlich weiteren Abstand zum Knotenpunkt zerschnitten.

Abfahrtsast Südwest:

Der Landschaftsverbrauch ist bei dieser Variante durch die Beeinträchtigung des Biotops Nr. 5.09 hoch.

Abfahrtsast Südost:

Lediglich die Auswirkungen des Anschlussastes im Südosten sind als sehr gering einzustufen, da sich hier bereits ein Pendlerparkplatz und eine besteh. Bebauung (u.a. Tierpension) befindet.

Schutzgut Mensch (Wohnen, Erholung):

Die umliegende Bebauung (Außenbereich) ist hinsichtlich des Verkehrslärms bereits durch die B 20 und die DGF 3 vorbelastet. Durch den Anschluss des geplanten Gewerbe- und Sondergebiets Rasthof im Nordwesten ergibt sich grundsätzlich eine Lärmzunahme.

Flächen von Wohngebieten oder Kleingärten werden nicht überbaut. Stark frequentierte Wander- oder Freizeitwege werden nicht beeinträchtigt. Im Zuge der Gewerbe-Erschließungsmaßnahmen westlich des geplanten Knotenpunktes wird der bestehende landwirtschaftliche Weg, der zur Kapelle "Muttergottes im Moos" führt (bestehender Durchlass beim Autobahn-Anschluss Landau), umverlegt und somit aufrecht erhalten.

Abfahrtsast Nordwest:

Die lärmtechnischen Auswirkungen sind als gering einzustufen.

Abfahrtsast Nordost:

Die lärmtechnischen Auswirkungen sind als gering einzustufen.

Abfahrtsast Südwest:

Hier befindet sich im näheren Umfeld ein landwirtschaftlicher Hof auf Flur-Nr. 1223 Gemarkung Pilsting. Der südwestliche Abfahrtsast liegt ca. 200 m von der Hofstelle entfernt. Geeignete Schutzmaßnahmen in Richtung Bebauung im Westen können bei Bedarf Abhilfe leisten. Gemäß der lärmschutztechnischen Berechnung vom Büro Hook Farny sind, außer am IO 1 (Weidenstr. 59 und 61, welche bei durch die vorgesehene Trassenführung, aber überplant werden) keine lärmschutztechnische Maßnahmen erforderlich.

Abfahrtsast Südost:

Durch den geplanten Abbruch der Bebauungen auf Flur-Nr. 1462/2 und Flur-Nr. 1462/3 ist ein Lärmproblem in unmittelbarer Nähe ausgeschlossen. Durch die Vermeidung des Anfahrtslärms der KFZ im derzeitigen Zustand (höhen-gleiche Einmündung in die B 20) wirkt sich die Lärmzunahme nur gering aus.

Schutzgut Kultur- und Sachgüter, sonstige Nutzungskonflikte:

Forstwirtschaftlich genutzte Flächen, sowie Vorbehalts- und Vorranggebiete für den Abbau von Kies und Sand sind nicht betroffen.

Durch die Varianten werden keine amtlicherseits registrierten Bodendenkmäler berührt.

Abfahrtsast Nordwest:

Der Verlust an landwirtschaftlichen Flächen wird als gering eingestuft.

Abfahrtsast Nordost:

Der Verlust an landwirtschaftlichen Flächen wird als mittel eingestuft.

Abfahrtsast Südwest:

Der Verlust an landwirtschaftlichen Flächen wird als hoch eingestuft.

Abfahrtsast Südost:

Landwirtschaftlich genutzte Flächen werden nicht berührt.

Für den Abfahrtsast im Südosten müssen die Gebäude der Tierpension und Gebäude auf der Flur-Nr. 1462/6 des Landkreises Dingolfing – Landau, sowie das Gebäude auf der Flur-Nr. 1462/2 abgebrochen werden.

Für den überbauten Pendlerparkplatz wird ein Alternativ – Standort auf den Flur-Nr. 1462/2, 1462/12 und 1463 realisiert.

6.3.5 WIRTSCHAFTLICHKEIT

Auf Grund der Höhenlage der geplanten Brücke über die B 20 ist bei allen Varianten ein Versetzen bzw. Höherlegen der 110 kV-Leitung der Bayernwerk AG erforderlich.

Abfahrtsast Nordwest:

Bei dieser Rampenlösung ist ein Bauwerk über den Längenmühlbach erforderlich.

Die Rampenvariante tangiert die Erdgasleitung. Diese muss in Teilbereichen neu verlegt werden und bei den Kreuzungspunkten mit der geplanten Trasse

gesichert und ein Schutzrohr eingebaut werden. Auch eine 20kV-Leitung muss im Zuge der Maßnahme verändert werden.

Auf Grund des zusätzlichen Brückenbauwerks ist diese Variante als kostenintensiv anzusehen. Da der Baugrund im Bereich des Längenmühlbachs nicht optimal ist, sind hier teure Gründungs- und Wasserhaltungsmaßnahmen erforderlich.

Mehraufwendungen für ökologische Maßnahmen sind erforderlich, da der Längenmühlbach als Biotop Nr. 9.01 und das Biotop 5.08 beeinträchtigt werden.

Abfahrtsast Nordost:

Bei dieser Rampenlösung Nordost ist ein Brückenbauwerk über den Längenmühlbach erforderlich, zudem muss das Brückenbauwerk der B 20 verbreitert werden, um die zusätzliche Abfahrtsspur realisieren zu können.

Die Rampenvariante tangiert die Schmutzwasser-Druckleitung. Diese muss voraussichtlich verlegt werden.

Auf Grund des zusätzlichen Brückenbauwerks ist diese Variante als kostenintensiv anzusehen. Die problematischen geologischen Verhältnisse (schlechter Baugrund, Grundwasser) entlang des Längenmühlbachs führen zu einem großen bautechnischen und finanziellen Aufwand für das zusätzliche Brückenbauwerk.

Mehraufwendungen für ökologische Maßnahmen sind erforderlich, da der Längenmühlbach als Biotop Nr. 9.01 erheblich beeinträchtigt wird.

Abfahrtsast Südwest:

Zusätzliche Brückenbauwerke sind nicht erforderlich.

Eine 20kV-Leitung muss im Zuge der Maßnahme verändert werden.

Kleinere offene und verrohrte Gräben befinden sich im Bereich des geplanten SW-Astes und müssen verlegt oder neu verrohrt werden.

Mehraufwendungen für ökologische Maßnahmen sind erforderlich, da das Biotop Nr. 5.09 beeinträchtigt wird.

Abfahrtsast Südost:

Zusätzliche Brückenbauwerke sind nicht erforderlich. Durch den bereits vorhandenen Pendlerparkplatz sind hier zum Teil weniger Aufwendungen für die Gründungsmaßnahmen erforderlich. Die bestehenden Gebäude der Tierpension auf der Flur-Nr. 1462/3 und die Gebäude auf Flur – Nr. 1462/6 des Landkreises Dingolfing – Landau, sowie das Wohngebäude auf Flur-Nr. 1462/2 müssen abgebrochen werden. Somit entfallen Schallschutzmaßnahmen (Wall oder Schallschutzwand) zu einer anschließenden Bebauung. Für den überbauten Pendlerparkplatz ist ein Alternativstandort auf Flur-Nr. 1462/2, 1664/12 und teilweise auf Flur-Nr. 1463 geplant.

6.3.6 AUSWERTUNG DER VARIANTENUNTERSUCHUNGEN

In nachfolgender Tabelle wird eine zusammenfassende Übersicht über die Auswirkungen der einzelnen Abfahrtsäste, einschließlich der Konfliktschwerpunkte, vorgenommen. Sie soll eine kompakte Gesamtschau aller entscheidungsrelevanten Aspekte ermöglichen. Als negativ (-) werden Auswirkungen bezeichnet, wenn extreme Auswirkungen zu erwarten sind, oder wenn im naturschutzrechtlichen Sinn erhebliche Eingriffe oder Beeinträchtigungen in Natur und Landschaft vorliegen oder wenn erheblich in privates Eigentum und in die Lebensweisen der Menschen vor Ort eingegriffen wird.

Die Einzelaspekte sind in den vorangegangenen Punkten beschrieben, um nachvollziehbar zu machen, wie sich die schutzgutbezogene Gesamtbewertung herleitet.

Die Wertung und Wichtung erfolgt nach folgendem System

Auswirkungen:

herausragende Aspekte	+++
sehr gute Aspekte	++
gute Aspekte	+
wirkungsneutral	o
feststellbare Beeinträchtigung	-
erhebliche Beeinträchtigung	--
schwerwiegende Beeinträchtigung	---

Merkmal	Abfahrtsast Nordwest	Abfahrtsast Nordost	Abfahrtsast Südwest	Abfahrtsast Südost
Verkehrsverhältnisse	+++	-	-	+++
Straßen- und Infrastruktur	o	o	o	o
Wirtschaftlichkeit	--	---	--	--
Eigentumsflächen	+	-	-	+
Wertung der Auswirkungen				
Boden	---	---	--	+
Wasser	---	---	-	++
Luft und Klima	o	o	o	o
Tiere und Pflanzen				
Allgemeine Lebensräume	--	---	--	+
Vogelwelt / Artenschutz	--	---	--	+
Landschaftsbild	--	---	-	o
Mensch	+	+	--	-
Kultur- und Sachgüter	-	--	--	+
Fazit	5+ 2o 15-	1+ 2o 22-	0+ 2o 16-	10+ 3o 3-
	GÜNSTIG	SEHR UNGÜNSTIG	DURCH- SCHNITTlich	SEHR GÜNSTIG

Die Abfahrtsäste Nordwest und Südost in Kombination bilden die Variante 1. Diese Lösung wird als die geeignete Variante mit vergleichsweise geringen Eingriffen in die Schutzgüter vorgeschlagen.

6.3.7 GEWÄHLTE LINIE - VORZUGSVARIANTE

Die Vorzugsvariante entspricht der o.a. Variante 1 mit den Abfahrtsästen im Nordwesten und Südosten.

Verkehrstechnisch ist hinsichtlich der geplanten Erschließung Autohof und Gewerbe im Nordwesten der Verkehrsfluss v.a. am Abfahrtsast NW als optimal anzusehen. Der prognostizierte Hauptverkehr von Richtung Autobahn in das geplante Erschließungsgebiet kann als Rechtseinbieger stattfinden. Bei der Auffahrt auf die B 20 aus Richtung Westen kann der Verkehr mit einer Linksabbiegespur an der DGF 3 geführt werden.

Auf Grund der Weiterführung der Kreisstraße DGF 3 mit einer Erschließungsstraße in das geplante Gewerbe- und Sondergebiet für Autohof, Gaststätte, Motel und Logistik ist ca. 330m weiter nordwestlich des Knotenpunkts ein weiteres Brückenbauwerk erforderlich. Anlässlich dieses Eingriffs werden die Auswirkungen des Vorhabens nahe der bestehenden Brücke der B 20 über den Längenmühlbach als gering eingestuft.

Da der Abfahrtsast im Nordosten auf Grund der großen Eingriffe in Natur und Landschaft im Bereich Längenmühlbach und Sulzgraben sehr ungünstig ist, bietet sich eine diagonale Anordnung der Abfahrtsäste im Nordwesten und Südosten, sowohl aus naturschutzfachlicher Sicht als auch aus verkehrstechnischer Sicht beste Lösung dar.

Die o.a. Auswertung der Variantenuntersuchung zeigt, dass der Abfahrtsast im Südosten in der Gesamtschau als sehr günstig eingestuft werden kann.

Die Variante 1 stellt bei Gesamtbetrachtung aller Bewertungsfaktoren die beste Lösung für die Anbindung der DGF 3 an die B 20 durch einen teilplanfreien Knotenpunkt dar.

Die Eingriffe in Natur und Landschaft lassen sich mit geeigneten landschaftspflegerischen Maßnahmen ausgleichen.

7. ERSCHLIESSUNG, VER- UND ENTSORGUNG

Pendlerparkplatz:

Der südöstliche Abfahrtsast von der B 20 liegt im derzeit bestehenden Pendlerparkplatz. Dieser wird geringfügig nach Osten auf ein Flächenareal der Flur-Nr. 1462/2,

1463 und 1462/12 Gemarkung Landau verlegt und umfasst eine Fläche von ca. 4.400 m². Diese ist über den Anfahrtsweg Weidenstraße erschlossen. Es sind ca. 150 Pendlerstellplätze vorgesehen.

Die PKW-Stellplätze sind mit einer wassergebundenen Decke zu befestigen und einzugrünen.

Niederschlagswasser:

Das anfallende Oberflächenwasser (Straße, Böschung) wird flächig über die Bankette, und Böschungsmulden versickert.

Die Straßenentwässerungseinrichtungen entlang der DGF 3 sind so dimensioniert, dass sie in der Lage sind, die vorhandenen Wassermengen aufzunehmen.

Im Bereich der Bundesstraße B 20 werden keine neuen Einleitungsstellen geschaffen, sondern die Vorhandenen zur Ableitung des Niederschlagswassers weiterhin benutzt. Hier wird auf eine Vorhaltung von Abscheide- bzw. Rückhalteeinrichtungen verzichtet werden, zumal die Größe der zu entwässernden Flächen gegenüber dem vorhandenen Zustand nahezu identisch ist.

Der Nachweis der Entsorgung des Oberflächenwassers von der Straßenfläche ist letztendlich im Rahmen nachfolgender Planungen sach- und fachgerecht zu regeln. Im Falle einer Einleitung des Oberflächenwassers in Gewässer II. Ordnung ist diese nur zulässig, wenn das Oberflächenwasser frei von Schadstoffen ist. Entsprechende Maßnahmen sind vorzusehen.

Versorgungsleitungen:

Im vorliegenden Planungsbereich werden durch die Baumaßnahme eine Vielzahl von Ver- und Entsorgerleitungen berührt, die den Knotenpunkt kreuzen bzw. im unmittelbaren Trassenbereich verlaufen. Diese Leitungen sind je nach Beschaffenheit und Lage (Freileitung, unterirdische Verlegung) während des Baus entsprechend zu sichern, umzubauen oder zu verlegen. Alle Leitungen werden den neuen Verhältnissen angepasst. Die 110 kV-Freileitung wird erhöht.

Das festgesetzte Leitungsrecht umfasst die Befugnisse der Marktgemeinde Pilsting (Schmutzwasser-Druckleitung), Erdgas Südbayern (Erdgas) und der Bayernwerk AG (20 kV, 110 kV), Leitungen zu verlegen und zu unterhalten.

Der Schutzstreifen ist nach den jeweiligen Vorschriften von jeglichen Eingriffen, die betriebserschwerende sowie leitungsgefährdende Einwirkung darstellen, freizuhalten. Der Schutzstreifen muss zur Ausübung der Leitungswartung sowie Durchführung eventueller Prüf- und Reparaturarbeiten an den Leitungen zu jeder Zeit zugänglich sein und befahrbar und begehbar bleiben. Pflanzmaßnahmen im Nahbereich dieser Anlagen sind vorab mit dem Versorgungsträger abzustimmen.

Anpassungen und Umverlegungen von Spartentrassen werden im Zuge der Bau-
maßnahmen erforderlich. Dabei ist zu beachten, dass die notwendigen Wegerechte
bzw. beschränkte persönliche Dienstbarkeiten für die Anpassungsmaßnahmen
aufzunehmen sind und ggf. eine Wasserrechtliche Genehmigung nach BayWG Art.
20 für die Querung des Längenmühlbach erforderlich ist. Der Trassenverlauf ist früh-
zeitig mit den Spartenträgern abzustimmen.

110 kV-Freileitung:

Im Verfahren ist ein Brückenbauwerk über die B 20 vorgesehen. Weiterhin wird sei-
tens des Staatlichen Bauamts bzw. der Autobahndirektion eine Direkt-
Abfahrtsrampe von der Autobahn A 92 auf die Bundesstraße B 20 geplant. Aus die-
sen beiden Anlässen wird die bestehende 110 kV-Freileitung, die westlich der B 20
von Norden nach Süden durch den Geltungsbereich führt, durch die Bayernwerk
AG erhöht. Dazu müssen die besteh. Betonmasten durch Stahlmasten ersetzt wer-
den. Diese erhalten neue Standorte innerhalb der Leitungstrasse, welche nicht ver-
legt wird.

Die Baubeschränkungszone beidseits der 110 kV-Trasse beträgt 23 m. Gemäß DIN
EN 50341-1/04.2010, Abschnitt 5.4 sind bei 110 kV folgende Mindestabstände zu den
Leiterseilen einzuhalten: Verkehrsflächen: 7,00 m, Gelände: 6,00 m, Bauwerke: 5,00
m, feuergefährdete Betriebsstätten (Tankstellen usw.) 11,00 m, Zäune usw.: 3,00 m,
Bepflanzung 2,50 m. Bei der Ermittlung der Abstände ist unter der Leitung der größte
Durchhang und seitlich der Leitung das größtmögliche Ausschwingen der Leiterseile
bei Wind anzunehmen. Eine Bepflanzung mit hochwachsenden Bäumen und Sträu-
chern innerhalb der Baubeschränkungszone ist nicht zulässig.

Weiterhin besteht um die Maste eine Baubeschränkungszone von 20,00 m gemes-
sen ab der Fundamentaußenkante.

8. IMMISSIONSSCHUTZ

Durch den Umbau der bestehenden Einmündung der Kreisstraße DGF 3 in die Bun-
desstraße B 20 bei Landau a.d. Isar zu einem teilplanfreien Knotenpunkt entstehen
Lärmimmissionen.

Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans in einem parallelen Verfahren wird
eine schalltechnische Untersuchung durchgeführt, um neben der Bestandsprogno-
se auch ggf. erforderliche lärm mindernde Maßnahmen wie Lärmschutzwände oder
-wälle aufzuzeigen.

9. HINWEISE ZUR DENKMALPFLEGE UND ERHALTUNG VON BODENDENKMÄLERN

Bodendenkmäler:

Im Planungsgebiet gibt es keine konkreten Hinweise auf mögliche Bodendenkmäler. Unabhängig davon ist es nicht auszuschließen, dass sich im Geltungsbereich des Knotenpunktes oberirdisch nicht mehr sichtbare und daher unbekannte Bodendenkmäler in der Erde befinden.

Im Falle des Zutagekommens von archäologischen Befunden muss großflächig der Humus per Bagger abgetragen werden. Vorher müssen die Befunde tachimetrisch von einer archäol. Fachfirma aufgemessen und dokumentiert werden und anschließend hat eine Ausgrabung zu erfolgen. Die Kosten hierfür trägt der Antragsteller.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die entsprechenden Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes einzuhalten sind. Bei Erdarbeiten zu Tage kommende Metall-, Keramik-, oder Knochenfunde sind umgehend beim Landratsamt Dingolfing-Landau oder dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege Archäologie Außenstelle Landshut zu melden.

Baudenkmäler:

Die vorhandenen Einzeldenkmäler in Pilsting befinden sich in der Ortsmitte ca. 2 km vom Planungsgebiet entfernt. Ein direkter Blickbezug zwischen dem geplanten Knotenpunkt und den Baudenkmälern besteht nicht, so dass hier keine negativen Auswirkungen zu erwarten sind. Die historischen Gebäude in Landau befinden sich überwiegend in der Stadtmitte, ca. 2,8 km vom Geltungsbereich entfernt. Trotz der Hanglage der Stadt Landau a.d. Isar sind auch hier keine negativen Auswirkungen zu erwarten.

10. HINWEISE ZUM BODENSCHUTZ

Im Planungsgebiet können geogen erhöhte Arsengehalte auftreten. Arsenfreisetzen können durch Änderungen der Wasserverhältnisse, des pH-Wertes oder des Bodengefüges nicht ausgeschlossen werden. Die Verwertbarkeit des anfallenden Bodenmaterials kann eingeschränkt sein. Es wird empfohlen, eine repräsentative, horizontbezogene Flächenbeprobung vor Aushubarbeiten hinsichtlich des Parameters Arsen durchzuführen (sh. auch „Handlungshilfe für den Umgang mit geogen arsenhaltigen Böden“ LfU 2014). Eine horizontbezogene Beprobung ermöglicht es, besonders belastete Bodenhorizonte zu identifizieren und im Rahmen des Bodenmanagements zu separieren und eventuell auf der beplanten Fläche zu verwerten.

Ein horizontweiser Ausbau von Aushubmaterial, welches nicht wieder auf der beplanten Fläche verwendet werden kann, wird dringend angeraten. Die ordnungs-

gemäße Verbringung des im Zuge von Baumaßnahmen anfallenden und im Baugebiet nicht wieder zu verwendenden Bodenaushubs ist mit der Eingabeplanung der Bodenschutzbehörde beim Landratsamt Dingolfing-Landau aufzuzeigen.

Soweit der Mutterboden gebietsbezogen verwendet werden kann, ist er im Geltungsbereich der Maßnahme wiederzuverwenden. Der Mutterboden ist nach Möglichkeit im Gebiet bzw. Grundstück wieder einzubauen oder für landwirtschaftliche oder naturgestalterische Zwecke zu verwerten. Eine Verbringung auf eine Deponie ist nicht gestattet. Die ordnungsgemäße Verbringung ist mit der Erschließungs- bzw. Eingabeplanung der Bodenschutzbehörde des Landratsamtes aufzuzeigen.

In diesem Rahmen wird darauf hingewiesen, dass Aufschüttungen und Abgrabungen mit einer Höhe von mehr als 2 m oder einer Fläche von mehr als 500 m² grundsätzlich einer Baugenehmigung bedürfen (Art. 55 Abs. 1 BayBO).

Eine bodenkundliche Baubegleitung, v.a. in Hinblick auf o.a. Aushub und Verwertung von humosen und niedermoorigen Bodenmaterial und Mutterboden wird empfohlen, um die Einhaltung der Bodenschutzauflagen zu gewährleisten. Der Investor sollte im Rahmen der Erschließungs- bzw. Eingabeplanung zur bodenkundlichen Baubegleitung seitens der Gemeinde verpflichtet werden.

II. NATUR UND UMWELT

1.1 BESTANDSANALYSE

1.1.1 NATURRAUM UND LANDSCHAFT

In folgender Tabelle wird eine Übersicht der Bestandssituation des Naturraumes und der Landschaft gegeben, in dem / der das Planungsgebiet liegt.

Naturraum	"Unterbayerisches Hügelland und Isar-Inn-Schotterplatten"
Geologie	- Vorherrschend kalkhaltiger Gley, gering verbreitet kalkhaltiger Humusgley aus Schluff bis Lehm (Flussmergel) über Carbonatsandkies (Schotter), gering verbreitet aus Talsediment
Morphologie	Ebene Fläche
Boden	Großflächige gestörte Böden auf Grund der unterschiedlichen intensiven Nutzungen im Gebiet
Wasserhaushalt	Grundwasser: - Grundwasserflurabstand 2-3 m unter GOK Fließgewässer: - in der Nähe zum Längenmühlbach
Klima/Luft	Lokalklima: - Kaltluftentstehung über Grünlandflächen - Gehölze als Frischluftproduzenten nur sehr kleinflächig vorhanden Lufthygiene: - Schadstoffemissionen von der vielbefahrenen Straßen B 20
Potenzielle natürliche Vegetation	Feldulmen-Eschen-Hainbuchenwald
Typische Biotope	- Einzelbäume und Baumreihen - Säume und Staudenfluren
Flächennutzungen	- Ackerflächen - Straßen- und Grünflächen
Freizeit- und Erholungseinrichtungen	Nicht vorhanden
Verkehrsstruktur	- Bundesautobahnen A 92 im Norden - Bundesstraßen B 20 im Osten
Kulturgüter	Nicht vorhanden
Vorhandene Beeinträchtigungen und Vorbelastungen	- Emissionen von B 20 und A 92

1.1.2 BISHERIGE FLÄCHENNUTZUNGSPLANUNG

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan (Stand 22.12.2004) stellt im Geltungsbereich, westlich der B 20, Grünflächen für den Gemeinbedarf mit Gehölzflächen bzw. Auwäldern des Längenmühlbaches dar. Dieser Bereich ist zudem als Grünzäsur dargestellt, der vor Bebauung freizuhalten ist.

Zudem besteht der größte Teil des Geltungsbereiches aus landwirtschaftlichen Flächen, welche intensiv ackerbaulich genutzt werden.

Im Norden, entlang der B 20 sind die straßenbegleitenden Gehölzstrukturen als Gemeinbedarfsgrünflächen sowie als landwirtschaftliche Flächen dargestellt.

Im Westen des Geltungsbereiches liegen vereinzelte Flächen mit Baum- und Heckstrukturen, bei denen es sich um amtlich kartierte Biotop handelt. Auch der Längenmühlbach mit seinen angrenzenden Grünflächen ist ein amtlich kartiertes Biotop und wird als Fläche für möglichen Ausgleich 3. Priorität dargestellt.

Darüber hinaus wird der Geltungsbereich von Norden nach Süden von einer 110-kV-Leitung durchquert.

1.1.3 BESTANDSSITUATION EUROPÄISCHER ARTENSCHUTZ GEM. §§39FF BNATSCHG

Das Planungsgebiet wurde durch Mitarbeiter des Büro Dr. H. M. Schober im Zeitraum zwischen März - September 2015 floristisch, vegetationskundlich und faunistisch vor Ort überprüft und plausibilisiert.

Danach stellt sich die Bestandssituation gemeinschaftlich geschützter Arten (Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, alle europäischen Vogelarten) folgendermaßen dar:

- Im Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung "Deckblatt Nr. 27" der Gemeinde Pilsting liegt als einzige potenziell betroffene vorhabenbezogene relevante Art nach Anhang IV FFH-RL die Zauneidechse (*Lacerta agilis*) vor.
- Die Zauneidechse kommt außerhalb des Trassen- und Böschungsverlaufes der Zubringerschleife von der B 20 vor. Für diesen Bereich sind während der Bautätigkeit Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

1.1.4 BESTAND GESETZLICH GESCHÜTZTER FLÄCHEN GEM. §30 BNATSCHG UND ART. 23

Gesetzlich geschützte Flächen befinden sich entlang des Längenmühlbaches und im Biotopkomplex (Biotop-Nr. 7342-0005-007) im Westen sowie kleinflächig an einem Graben im Südwesten. Dabei handelt es sich um folgende Biotoptypen: Sumpfgewässer, mäßig veränderte Fließgewässer, Schilf-Landröhrichte, Schilf-Wasserröhrichte und Großseggenriede außerhalb der Verlandungsbereiche.

1.1.5 BESTAND GRÜNORDNERISCH WERTVOLLER STRUKTUREN UND LANDSCHAFTSELEMENTE

Das Landschaftsbild des Geltungsbereiches wird von folgenden Grünstrukturen geprägt:

- Längenmühlbach mit Auen und hochwertigen Kopfweidenstrukturen
- Einzeln verstreute Heckenstrukturen entlang eines Entwässerungsgräben in der landwirtschaftlichen Flur
- Verkehrsbegleitgrün bzw. Böschungsrün entlang der B 20
- Extensivgrünland in der Nähe zu einem Feuchtbiotop
- Großflächig landwirtschaftlich intensiv genutzte Grün- und Ackerflächen

1.2 GEPLANTE NUTZUNGSÄNDERUNG

Am Kreuzungspunkt B 20 und DGF 3 soll eine neue Anschlussstelle geschaffen werden. Diese besteht aus zwei im Süd-Osten und Nord-Westen liegenden Anschlussschleifen und einer Überführung der DGF 3 über die B 20. Im Westen der B 20 wird der Längenmühlbach im Zuge der neuen Rampe mit einer Brücke gequert.

Im Geltungsbereich liegt die nordwestliche Anschlussschleife der geplanten Anschlussstelle der DGF 3 an die B 20, die ein geplantes Sondergebiet und Industriegebiet, nördlich des Längenmühlbaches, erschließen soll. Die Straßennebenflächen werden als Grünflächen für den Gemeinbedarf festgesetzt. Entlang des Längenmühlbaches sowie westlich der B 20 verlaufen Flächen, die als Biotopverbundflächen sowie als Grünzäsur festgelegt werden.

1.3 ARTENSCHUTZ, EINGRIFF, AUSGLEICH

1.3.1 EUROPÄISCHER ARTENSCHUTZ

Für die Flächennutzungsplanänderung sowie für den im Parallelverfahren befindlichen Bebauungsplan "Knotenpunkt mit Grünordnung – Knotenpunkt DGF 3/B 20" werden in einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) die Belange des europäischen Artenschutzes geprüft und in einer separaten Anlage zum Flächennutzungsplan bzw. Bebauungsplan dargestellt.

Deshalb erfolgt im Folgenden nur eine zusammenfassende Darstellung der Untersuchungsergebnisse aus der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP).

1.3.1.1 MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG VON VERBOTSTATBESTÄNDEN

In der weiteren Bauleitplanung bzw. im Bebauungsplan sind zur Vermeidung von Verbotstatbeständen für geschützte Tier- und Pflanzenarten folgende Vermeidungsmaßnahmen zu beachten:

- Anordnung einer ökologischen Baubegleitung während der Durchführung der einzelnen Bauvorhaben:
Diese beinhaltet die ökologische Begleitung des Bauvorhabens von der Planungsphase bis zur Ausführung mit dem Ziel, die Beeinträchtigungen der europäisch geschützten Arten durch z. B. Baufeldfreimachung, Lage der Bauflächen, Bauausführung so gering wie möglich zu halten. Die ökologische Baubegleitung ist zwar der Bauoberleitung unterzuordnen, muss jedoch mit Weisungsbefugnissen ausgestattet werden, die es ermöglichen, ggf. einen Baustopp erwirken zu können.
- Wahl geeigneter Leuchten und Leuchtmittel zur Vermeidung der anziehenden Wirkung von Beleuchtungen auf Insekten und sekundär auf jagende Fledermäuse:
Begrenzung des Lichtstroms auf die zu beleuchtenden Flächen; Verwendung dichter Leuchten, damit keine Insekten in das Innere gelangen können; Einsatz des am geringsten auf Insekten anlockend wirkenden Leuchtmittels.
- Fledermäuse:
Auf der Brücke über den Längenmühlbach werden insgesamt 4 m hohe Kollisions- bzw. Spritzschutzwände errichtet, um Kollisionen fliegender Tierarten zu vermeiden. Der untere Bereich der Wände wird 1 m hoch als Irritations- und Spritzschutz blick- und lichtdicht ausgeführt, die obere Hälfte als Maschendrahtzaun mit ausreichend dichter Maschenweite (4 x4 cm). Die Kollisionsschutzwände werden soweit technisch möglich jeweils 20 m über das Brückenwiderlager nach außen weitergeführt.
- Zauneidechse:
Erhalt des Zauneidechsenhabitats im Bereich der Zubringerschleife zur B 20

1.3.1.2 DARSTELLUNG DER VORHABENSBEDINGTEN VERBOTSTATBESTÄNDE

Die Auswirkungen der im Flächennutzungsplan festgesetzten Vorhaben sind in den Naturschutzfachlichen Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP, Dr. H. M. Schober GmbH 2015) für alle prüfrelevanten Arten ausführlich dargestellt und im Umweltbericht zusammengefasst.

Deshalb erfolgt an dieser Stelle nur eine zusammenfassende Darstellung der Untersuchungsergebnisse zur Betroffenheit der Arten.

- Fledermausarten:
Bei den im Gebiet vorkommenden oder zu erwartenden Fledermausarten nach Anhang IV FFH-RL, werden durch die geplanten Vorhaben voraussichtlich **keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände erfüllt**. Eine Ausnahme von den Verboten entsprechend § 45 Abs. 7 BNatSchG ist nicht erforderlich, wenn die vorsorglich vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung umgesetzt werden.
- Reptilien / Zauneidechse:
Bei der Zauneidechse werden voraussichtlich **keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände** (Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, baubedingte Tötung von Individuen) durch das geplante Vorhaben erfüllt. Eine Ausnahme von den Verboten entsprechend § 45 Abs. 7 BNatSchG ist nicht erforderlich, wenn die vorsorglich vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung umgesetzt werden.

Fazit:

Aus dem Spektrum der europäisch geschützten Arten in Bayern wurden in den Gruppen Säugetiere, Reptilien, Amphibien, Nachtfalter und Vögel Arten ermittelt, die im Geltungsbereich zum Flächennutzungsplan Anschlussstelle DGF 3 an die B 20 vorkommen oder zu erwarten sind. Die Prüfung ergab, dass keine Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und der europäischen Vogelart gem. Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie bei der Realisierung der im Flächennutzungsplan vorgesehenen Maßnahmen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG erfüllt werden.

1.3.2 EINGRIFF UND AUSGLEICH GEM. §1A ABS. 3 BAUGB I.V.M. § 15 BNATSchG

Nach §§ 14 und 15 des Bundesnaturschutzgesetzes und § 1a Abs.3 des Baugesetzbuches ist der Verursacher eines Eingriffes verpflichtet, unvermeidbare Beeinträchtigungen der Funktionalität des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes durch geeignete Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen.

1.3.2.1 DARSTELLUNG DER EINGRIFFE

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung durch Deckblatt Nr. 27 umfasst folgende konkreten Eingriffe:

- Versiegelung, Überbauung und Veränderung der Bestandssituation im Bereich von Grün- und Ackerflächen;
- Versiegelung, Überbauung und Veränderung der Bestandssituation im Bereich der Längenmühlbachaue im Bereich der Brückenquerung;

- Versiegelung, Überbauung und Veränderung der Bestandssituation im Bereich eines vorhandenen Wirtschaftsweges;

1.3.2.2 VERMEIDUNGS- UND MINIMIERUNGSMASSNAHMEN

Zur Vermeidung und Minimierung der Eingriffe wird ein umfangreiches Maßnahmenpaket für die einzelnen Schutzgüter festgesetzt. Diese Maßnahmen sind detailliert im Umweltbericht (Kap. 3.1) dargestellt.

1.3.2.3 DARSTELLUNG DER AUSGLEICHSERFORDERNISSE

Das Ausgleichserfordernis für die Flächennutzungsplanänderung durch Deckblatt Nr. 27 Anschlussstelle DGF 3 an die B 20“ im Gemeindegebiet des Marktes Pilsting ist im Umweltbericht (Kap. 5) dargestellt.

Danach liegt für die “Anschlussstelle DGF 3 an die B 20“ der Gemeinde Pilsting ein Ausgleichserfordernis von 0,91 ha vor.

1.3.2.3 MASSNAHMEN ZUR MINDERUNG DES AUSGLEICHSERFORDERNISSES NACH §1A ABS.3 BAUGB I.V.M. §15 BNATSCHG

Die Umsetzung der Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen erfolgt auf Flächen,

- die nicht durch andere Eingriffe bedroht sind;
- die ökologisch aufwertbar sind;
- auf denen aufwertende Maßnahmen möglich sind, die über die ohnehin geltenden gesetzlichen Anforderungen hinausgehen.

Die Minderungsmaßnahmen erstrecken sich auf Flächen und Maßnahmen innerhalb des Geltungsbereiches zur Anschlussstelle DGF 3 an die B 20.

Das Maßnahmengebiet für die Ausgleichsmaßnahmen konzentriert sich auf Ackerflächen südlich des Längenmühlbaches, auf einer Teilfläche der Ausgleichsfläche A 2, außerhalb des Geltungsbereiches.

1.3.3 EINGRIFFE IN GESETZLICH GESCHÜTZTE FLÄCHEN NACH §30 BNATSCHG

1.3.3.1 DARSTELLUNG DER EINGRIFFE IN GESETZLICH GESCHÜTZTE FLÄCHEN

Im Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung fällt eine Teilfläche mit Schilf und Röhricht, mit einer Größe von ca. 130 m², in den zukünftigen Böschungs- und Straßenverlauf der Zubringerschleife zur B 20 hinein. Die anderen Teilflächen der gesetzlich geschützten Bereiche liegen außerhalb des Böschungs- und Trassenverlaufes der Straße.

1.3.3.2 MASSNAHMEN ZUM AUSGLEICH VON EINGRIFFEN IN GESETZLICH GESCHÜTZTE FLÄCHEN

Der Verlust der Schilf- und Röhrichtflächen wird durch Schaffung neuer Schilf- und Röhrichtbestände im Bereich der Ausgleichsfläche A 2, die in direkter Nähe zum Eingriff liegt, südlich des Längenmühlbaches, außerhalb des Geltungsbereiches ausgeglichen.

1.3.4 AUSGLEICHSFLÄCHEN AUSSERHALB DES GELTUNGSBEREICHES

Das Ausgleichserfordernis von 0,91 ha, das durch die Gemeinde Pilsting zu tragen ist, wird auf einer Teilfläche der Ausgleichsfläche A2, außerhalb des Geltungsbereiches, durchgeführt.

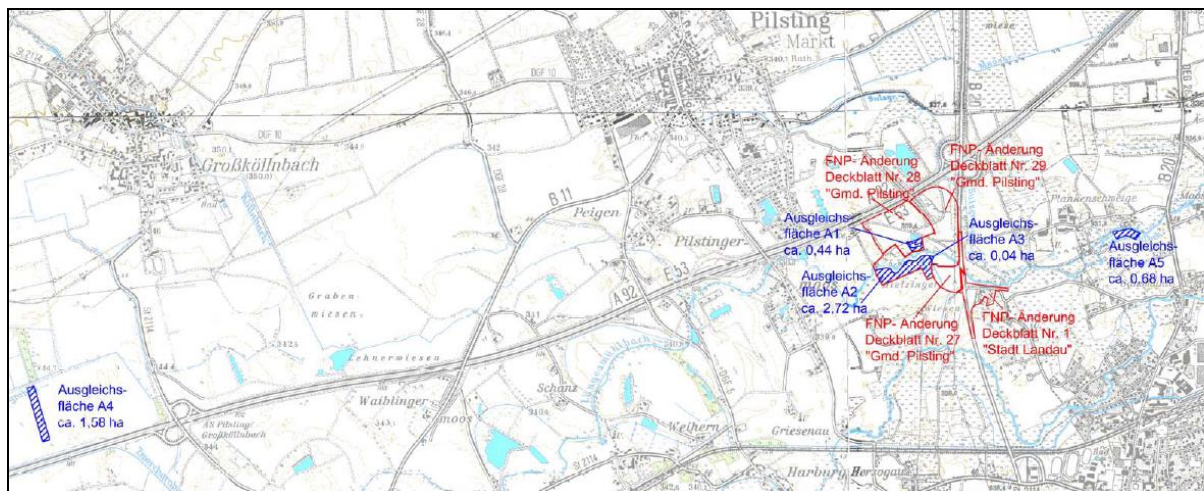
Auf der **Ausgleichsfläche A2** (Teilfläche des Flurstücks.: 1212, Gemarkung: Pilsting, Größe: 2,72 ha) sind folgende Entwicklungsziele beabsichtigt:

- Anlage von Feuchtbiotopkomplexen mit temporär wasserführenden Mulden, Röhricht und feucht-nassen Hochstaudenfluren
- Anlage von Gehölzstrukturen (Gebüsche, Baumgruppen, Gehölzränder)
- Anlage von artenreichem Feuchtgrünland auf frisch-feuchtem Standort durch Extensivierung des bestehenden Grünlandes und Ausbringung von authochthonem Mahdgut
- Anlage von flachen Mulden mit extensiv genutzten, artenreichen seggen- und binsenreichen Feuchtwiesen, Röhricht und Hochstaudenfluren
- Anlage von Zauneidechsenhabitaten (Struktureiche Kies-Sand-Wälle mit punktuellen Steineinschüttungen und punktuelltem Totholzeinsatz)
- Pflanzung von Weiden und Entwicklung zu Kopfweiden zur Förderung des Eremiten
- Einbringung eines Stammstückes einer Kopfweide (Verdachtsbaum auf Eremitenvorkommen von Baufeld am Graben westlich der B 20; FCS-Maßnahme)
- Erhalt vorhandener Feuchtbiotopkomplexe
- Erhalt von Gehölzstrukturen (Einzelbäume, Baumgruppen, Gebüsche, Gehölzsäume)
- Gehölze:
 - Für die Gehölzpflanzungen sind nur standortgerechte, gebietsheimische Gehölze aus der Herkunftsregion "Unterbayerisches Hügelland (mit Isar-Inn-Schotterplatten)" zu verwenden.
 - Vorhandene Gehölze sind zu erhalten und zu pflegen.
 - Es sind gebietsheimische Weiden zu pflanzen und fachkundig zu Kopfweiden zu entwickeln.
 - Die Gehölzstrukturen sind mit einem strukturiertem Gehölzrand und vorgelagerten Staudenfluren anzulegen.
- Feuchtbiotopkomplexe:
 - Es werden Feuchtbiotopkomplexe mit temporär wasserführenden Mulden, Röhricht und feucht-nassen Hochstaudenfluren hergestellt. Dabei wird bis zu 1 m Boden abgetragen. Die Uferbereiche werden flach hergestellt. Der beste-

hende Feuchtbiotopkomplex wird unter Erhalt der vorhandenen Gehölzstrukturen mit den vorgenannten Maßnahmen erweitert.

- Der abgetragene Oberboden wird abtransportiert und einer Wiederverwertung zugeführt. Geogene Belastungen werden dabei berücksichtigt.
- Mulden:
 - Es werden flache Mulden hergestellt. Dabei wird der Oberboden bis zu 30 cm abgetragen.
 - Der abgetragene Oberboden wird abtransportiert und einer Wiederverwertung zugeführt. Geogene Belastungen werden dabei berücksichtigt.
- Ansaaten:
 - Es sind standortgerechte Saatgutmischungen aus der Herkunftsregion "Unter-bayerisches Hügelland (mit Isar-Inn-Schotterplatten)" zu verwenden.
 - Nach Möglichkeit sind die Flächen mittels Mahdgutübertragung aus der Region bzw. näheren Umgebung anzusäen.
 - Vor Aussaat des Saatgutes ist zuerst der Oberboden zu grubbern und entsprechend aufzulockern. Die aufgelockerten und eingeebneten Flächen sind mit den Saatgutmischungen (Herstellungsziele siehe Herstellungsmaßnahmen!) einzusäen. Nach der Ansaat ist das Saatgut einzuwalzen.
- Die Abnahme der Ausgleichsfläche sowie der FSC-Maßnahmen für die Zau-neidechse und den Eremit durch die untere Naturschutzbehörde erfolgt nach einer Entwicklungspflege von fünf Jahren.
- Für die Sicherung des Entwicklungszieles auf der Ausgleichsfläche wird im Rahmen der Umweltbaubegleitung ein 10-jähriges Monitoring durchgeführt. Der Erfolg der Ausgleichsmaßnahmen wird im Rahmen des Monitoring mit einem jährlichen Kurzbericht der unteren Naturschutzbehörde nachgewiesen.
- Die Pflege der Ausgleichsfläche wird für 25 Jahre sichergestellt. In den ersten fünf Jahren der Entwicklungspflege wird eine jährliche Umweltbaubegleitung vorgesehen, um die Gestaltungs- und Pflegemaßnahmen fachlich qualifiziert zu koordinieren. Danach wird eine Koordination der weitergehenden Pflegemaßnahmen auf den Ausgleichsflächen durch ein Fachbüro bzw. den Landschaftspflegeverband gewährleistet.
- Falls durch Entwicklungen auf der Ausgleichsfläche Änderungen in der Gestaltung und Pflege erforderlich sind, werden diese im Einvernehmen mit der Gemeinde, der Umweltbaubegleitung und der unteren Naturschutzbehörde festgelegt.
- Die Ausgleichsflächen werden grundbuchrechtlich durch Dienstbarkeiten zugunsten des Freistaates Bayern gesichert.
- Die Ausgleichsflächen werden dem bayerischen Ökoflächenkataster gemeldet.

Der folgende Lageplan zeigt zur besseren Orientierung die Lage der Ausgleichsflächen sowie die Lage der Geltungsbereiche zu den einzelnen FNP-Änderungen im Überblick.



Entwurfsbearbeitung
Deckblatt FNP und Begründung:
Straßkirchen, den 29.09.2014
Geändert am 26. Oktober 2015
Geändert am 25. Januar 2016

Entwurfsbearbeitung
Grünordnung und Umweltbericht:
Freising, den 29.09.2014
Geändert am 26. Oktober 2015
Geändert am 25. Januar 2016

INGENIEURBÜRO
Willi Schlecht
PLANUNGS GMBH
HIEBWEG 7 POSTFACH 49
94342 Straßkirchen
Telefon (09424) 9414-0
Telefax (09424) 9414-30

Dr. H. M. Schober
Gesellschaft für Landschaftsarchitektur mbH
Kammerhof 6 • 85354 Freising • Germany
Tel.: +49 (0) 8161 30 01 • Fax: +49 (0) 8161 9 44 33
zentrale@schober-larc.de • www.schober-larc.de

Für den Antragsteller:
Pilsting, den

.....
1. Bürgermeister
für die Marktgemeinde Pilsting